

# Volksrecht

für Schlesien · Organ für die werktätige

**Mocca-Louis  
wird seine Unschuld  
beweisen**

**Bericht vom Wiederaufnahmeverfahren Pohl im lokalen Teil**

Anzeigenpreis: Je Millimeter 20 Pf. Familienanzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen bis vormittags 11 Uhr abgegeben werden. — Fernschreiben: Postfach 5832.

auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Verfassung, Versammlungen und Wohnungsverordnungen 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer der Expedition Kurstraße 4/5 oder in den Zweigstellen Nr. 21737 und 21739, Redaktion Nr. 21735. Arbeiter, Angestellten und Beamten, Zentrale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 — Unverlangt eingesandte Manuskripte werden nur zurückgegeben

an Rückporto beiliegend

Einzelnummer 10 Pf.

3. Jahrgang

Freitag, den 8. Januar 1932

Nr. 9

## Wiederwahl Hindenburgs?

Brüning empfängt die Partei-Führer, um zu prüfen, ob eine Zweidrittelmehrheit für die Amtsverlängerung erreichbar — Hitler sowie die Führer der SPD bei Brüning

Breslau, 7. Januar. (Eigener Bericht.)

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag in Gegenwart des Reichswehr- und Reichsinnenministers Herrn Hitler aus Braunsau, Gegenstand der Besprechung war die Reichspräsidentenwahl.

Der Plan, der gegenwärtig von der Reichsregierung zur Debatte gestellt ist und am Donnerstag nicht nur mit Hitler erörtert wurde, ist im engheren Kreise von Regierungsgliedern schon seit einiger Zeit erwogen worden. Er läuft darauf hinaus, angesichts der bevorstehenden außenpolitischen Verhandlungen die Amtsperiode des Reichspräsidenten durch eine qualifizierte Mehrheit im Reichstag verlängern zu lassen und dazu möglichst noch in diesem Monat die parlamentarischen Voraussetzungen zu schaffen. Festere Gestalt hat dieser Plan erst wenige Tage vor Weihnachten angenommen. Er wäre unseres Wissens von der Reichsregierung nie zur Diskussion gestellt worden, wenn der Reichspräsident nicht bereit wäre, weiter im Amt zu bleiben. Voraussetzung ist für ihn allerdings, daß die qualifizierte Mehrheit, mit deren Stimmen seine Amtsverlängerung beschlossen wird, eine starke Stütze im Volk findet. Aus diesem Grunde hat die Regierung zur Durchführung ihres Planes auch die Führer nach rechts ausgedehnt.

Unter diesen Umständen war der Empfang Hitlers am Donnerstag, zumal bei ihm die alleinige Entscheidung über alle seine Partei betreffenden politischen Fragen liegt. Eine Unterhaltung mit Vertretern seiner Reichstagsfraktion hätte wenig Sinn gehabt. Natürlich werden die Nationalsozialisten die von Hitler ergangene Aufforderung und das Verhandeln mit ihm lieber als einen großen Triumph ausführen. Das ist das Unrechtliche an der Geschichte, aber sachlich wird die Beurteilung des Geschehnisses von der Stellung abhängen, die man zu der Frage des Termins der Präsidentenwahl einnimmt, und nicht zuletzt von den etwaigen Bedingungen, die von den Hakenkreuzlern gestellt werden oder ihnen von der Regierung gar zu stellend werden sollten.

Über den Wahltermin können Meinungsverschiedenheiten bestehen. Sie werden wahrscheinlich auch innerhalb der Sozialdemokratischen Partei vorhanden sein. Borerst hat die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion noch keine Möglichkeit gehabt, zu den Wünschen der Regierung Stellung zu nehmen. Der eine mag es bald als möglich die Hoffnungen und Befürchtungen, Hitler selbst oder zum mindesten einen Hitlerianer als Nachfolger Hindenburgs zu sehen, zerstreut werden, der andere mag mehr an die ungünstigen Rückwirkungen denken, die eine Wahlkampagne in diesem Augenblick auf die Wirtschaftslage und auf die internationalen Verhandlungen ausüben muß. Dabei wird jedenfalls die Haltung der Sozialdemokratischen Partei in keiner Weise beeinflusst werden durch das, was die Nationalsozialisten tun oder unterlassen. Sie dürfte vielmehr ihre Beschlüsse auf Grund von Erwägungen fassen, die sich aus der Sache selbst ergeben.

Allerdings werden sie beeinflusst werden durch die Verantwortung der Frage, ob die Regierung den Nationalsozialisten für die Gewährung ihrer Unterstützung einen Preis angeboten hat und zu zahlen gewillt ist. Darüber wissen wir zur Zeit noch nichts, und wir möchten uns deshalb auch nicht mit den Gerüchten befassen, die hier und dort umgehen. Aber das eine kann gesagt werden, daß eine solche Preisgabe, auf irgend einem Gebiete ist etwas wie eine Einheitsfront mit den Nationalsozialisten zu schaffen, bei uns keine Gegenliebe finden würden. Sollten sie unternehmen werden, so würde zweifellos die Neigung zu einer Verschiebung der Präsidentenwahl auch bei denen zerstreut werden, die an sich dem Plan nicht unsympathisch gegenüberstehen. Dann ist eben die Entscheidung über die Nachfolge Hindenburgs zu dem ordnungsmäßigen Termin herbeizuführen.

### Der „Vorwärts“ zu den Plänen

Der „Vorwärts“ schreibt in seiner Spätabendausgabe vom Donnerstag zu dem Plan der Reichsregierung auf Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag:

„Um diesen Plan auf verfassungsmäßigem Wege durchzuführen zu können — und ein anderer Weg kommt nicht in Frage — bedarf die Regierung einer Zweidrittelmehrheit des Reichstages. Nun besteht der Reichstag aus 377 Mitgliedern, davon 110 Nationalsozialisten und 78 Kommunisten, zusammen 188. 193 Abgeordnete sind aber schon imstande, das Zustandekommen einer Zweidrittelmehrheit zu verhindern. Es genügt also das Zutreten weniger Mitglieder oder kleiner Gruppen zu der grundsätzlichen Opposition, um den Plan der Regierung undurchführbar zu machen.“

Die Reichsregierung will begreiflicherweise nicht das Risiko laufen, mit ihrem Plan im Reichstag zu scheitern. Eine Abmilderung, bei der sie die notwendige qualifizierte Mehrheit nicht erhält, wäre nicht nur für eine Niederlage, sondern auch für den Reichspräsidenten ein schwer zu tragender Prestigeeinbruch, der unter allen Umständen vermieden werden soll. Die Reichsregierung kann unter diesen Umständen nichts anderes tun, als bei den Parteien das Terrain sondieren. Sie kann

sich dabei darauf berufen, daß bei der Verlängerung der Amtsperiode Eberts im Herbst 1922 in ähnlicher Weise vorgegangen worden ist. Die Verlängerung erfolgte danach in der Reichstags-Sitzung vom 24. Oktober 1922 mit 314 gegen 76 Stimmen.“

Hugenbergs Berliner „Kathausgabe“ schreibt: „Der Reichskanzler und die Zentrumspartei müßten, wenn sie eine Zusammenarbeit mit der Nationalen Front erreichen wollen, einen völligen Umschwung ihrer bisherigen Politik nicht nur zu erkennen geben, sondern auch in die Praxis umsetzen.“

### Die Deutschnationalen ablehnend?

Aus der Umgebung Hugenbergs verlautet, daß die deutschnationale Reichstagsfraktion der Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten durch den Reichstag kaum zustimmen dürfte, obwohl Hindenburg Mitglied der Deutschnationalen Partei sei.

### Hitler reannimiert natürlich und verhandelt mit Hugenberg und Selbte

Hitler aus Braunsau läßt die „Mitwelt“ über seinen Empfang bei Brüning „parteilich“ wissen, daß über die Frage der Reichspräsidentenwahl gesprochen wurde und er sich „eine Stellungnahme vorbehalten hat, um vorher den Parteien der nationalen Opposition seine Auffassung mitzuteilen.“

Hitler sagte sich noch am Donnerstagabend mit Hugenberg, dem Stahlhelmführer Selbte und den übrigen Spitzen der reaktionären Herzburg-Front in Verbindung.

### Wels und Breitscheid bei Brüning

Die Führer der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion Wels und Breitscheid wurden am Donnerstagabend vom Reichskanzler Dr. Brüning empfangen und über den Plan der Reichsregierung, durch Zweidrittelmehrheits-Beschluß des Reichstages eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten herbeizuführen, ausführlich unterrichtet. Die Vertreter des Fraktionsvorstandes nahmen die Mitteilungen des Kanzlers zur Kenntnis und erklärten, daß sie die Entscheidung der Fraktion selbst überlassen müßten.

Breslau, 8. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die am Donnerstagabend stattgefundene Besprechung zwischen dem Reichskanzler und den sozialdemokratischen Abgeordneten Wels, Breitscheid und Hilferding dauerte zwei Stunden. Der Reichskanzler unterrichtete die Vertreter der sozialdemokratischen Fraktion ausführlich über den Plan der Reichsregierung, durch Zweidrittelmehrheits-Beschluß des Reichstages eine Verlängerung der Amtsperiode des Reichspräsidenten herbeizuführen.

Die sozialdemokratischen Vertreter nahmen die Mitteilungen des Reichskanzlers zur Kenntnis und erklärten, daß sie die Entscheidung über den Plan der Reichsregierung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion überlassen müßten. Der Reichskanzler hat nach unseren Informationen nicht die Absicht, auch noch Vertreter anderer Parteien zu empfangen. Er erwartet bis Sonnabend mittag die Antwort der Nationalsozialisten zu dem Plan der Regierung. Eine nochmalige Besprechung zwischen Vertretern der Regierung und Hitler, wie ein Teil der Presse behauptet, ist nicht vorgesehen.

Unrichtig ist nach unseren Informationen auch, daß Hitler zu dem Plan der Reichsregierung für die Wiederwahl Hindenburgs durch das Parlament irgendwelche Bedingungen gestellt hat. Er hat, wie wir von nationalsozialistischer Seite erfahren, zwar einige Bedenken gegen die Absicht der Reichsregierung vorgetragen und die Neuwahl des Reichstages als angebracht empfunden, aber sich sonst sehr bescheiden und nicht als der Sieger und Held gezeigt, wie ihn die Nazis tagtäglich hinzustellen versuchen. Abgesehen davon scheint der Reichspräsident nur unter der Bedingung nochmals zur Reichspräsidentenwahl kandidieren zu wollen, daß von keiner Seite an seine Wiederwahl irgendwelche Voraussetzungen geknüpft werden.

Immerhin dürften die Nationalsozialisten bzw. die „nationale Front“ im Laufe des heutigen Tages bzw. am Sonnabend vormittag wie von nationalsozialistischer Seite betont wird, bestimmte Bedingungen an ihre eventuelle Zustimmung zu dem Plan der Reichsregierung knüpfen, so daß die Absicht, die Amtsperiode durch das Parlament verlängern zu lassen, launzweifelhaft werden dürfte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird, falls die Entwicklung der Dinge einen entsprechenden Verlauf nehmen, in der kommenden Woche zu dem Plan der Reichsregierung Stellung nehmen.

## Verhandlungen mit den gemäßigten Anders

Es verlautet, daß der inländische Reichstag die gemäßigten Führer der inländischen Nationalpartei zu einer Konferenz nach Berlin geladen hat. Im Vorlauf der Besprechungen soll auch die Frage der Parteienklausur von Gander und der anderen beherrschten Führer der Kongresspartei angeschnitten werden.

## Der Plan der Reichsregierung

A. Kr. Als seiner Zeit Eberts Wahlperiode abließ, ist, wie der „Vorwärts“ bereits hervorhebt, von einer großen Mehrheit des Reichstags keine Amtsperiode mit verfassungsändernder Mehrheit verlängert worden. Und zwar, wenn wir uns recht erinnern, sogar zweimal. Das geschah aus dem offen ausgesprochenen Grunde, weil man es nicht für möglich hielt, in der fraglichen Zeit durch eine allgemeine Reichspräsidentenwahl die Bevölkerung aufzurufen. 1923 ging es nicht wegen des Ruhrkampfes, 1924 ging es ebensowenig wegen der Dawesverhandlungen und der internationalen Konferenzen über die Neuordnung der Reparationsfrage. Man befürchtete damals mit Recht, daß durch eine solche Wahl die Verhandlungen gefährdet werden würden. Ihre erfolgreiche Beendigung war aber damals eine Lebensfrage für den deutschen Staat und gerade auch für den neuen Staat. Heute liegen die Dinge ganz ähnlich. Wir stehen unmittelbar vor zwei großen internationalen Konferenzen der Regierung und denen, die sich angeschlossen haben. Die Verhandlungen sind und deren Behandlung durch die einzelnen Regierungen und Parlamente von innerpolitischen Ereignissen innerhalb der verschiedenen Staaten sehr leicht entscheidend beeinflusst werden kann. Die Gefahr ist heute genau so groß wie z. B. 1924, daß schwere Wahlkämpfe diese internationalen Verhandlungen aufs schwerste beeinträchtigen. Das gilt für die Abrüstungskonferenz ebenso wie für die Reparationskonferenz. Wir können uns nicht vorstellen, daß die Abrüstungskonferenz auch nur ein einigermaßen tragbares Teilergebnis haben wird, wenn mitten in sie hinein ein Wahlkampf in Deutschland von äußerster Heftigkeit oder gar ein größerer oder kleinerer Erfolg der Nazis hineinplatzt. Sie würde dann vielmehr völlig ergebnislos auseinanderlaufen. Oder glaubt man etwa, daß Frankreich oder Polen irgendwelche Zugeständnisse auf dem Gebiete der Abrüstung machen werden, wenn während der Beratungen ein Nationalsozialist oder ein Hugenbergianer zum Reichspräsidenten gewählt würde, etwa mit Stichwahlhilfe der Kommunisten im zweiten Wahlgang? Etwas, was nach den Erfahrungen mit dem Verhalten der Kommunisten bei der Reichspräsidentenwahl im Jahre 1925 durchaus im Bereiche der Möglichkeit liegt. Und ebenso ist es mit der Reparationskonferenz, die in den nächsten Wochen beginnen soll. Sie dürfte freilich bis zur Reichspräsidentenwahl an sich bereits beendet sein. Es ist aber klar, daß ihr Verlauf stark davon abhängt, ob die Gläubigermächte, insbesondere die Franzosen, in bezug auf die politische Entwicklung in Deutschland bis zu einem gewissen Grade vorher beruhigt werden konnten, oder ob sie unter dem Druck der eben angedeuteten Möglichkeiten bei der Reichspräsidentenwahl in die Verhandlungen dieser Konferenz eintreten. Jedermann weiß, daß bei dieser Konferenz letzten Endes alles von der Einstellung der Franzosen abhängt, und auch nur ein Teilerfolg der Konferenz, der wenigstens eine Entlastung von den Reparationen für die nächsten zwei, drei Jahre gewährt, kann ohne die Zustimmung Frankreichs niemals Wirklichkeit werden. Jedermann weiß aber ferner, daß die französische Einstellung zurzeit noch stark negativ ist und daß die innerpolitische Entwicklung in Frankreich und damit die Entwicklung der Haltung Frankreichs in der Reparationsfrage sehr stark von der innerpolitischen Entwicklung in Deutschland abhängt. Endlich aber weiß jedermann auch, daß für die Gesundung unserer Wirtschaft, insbesondere für die endliche Überwindung der furchtbaren Wirtschaftskrise zum mindesten die provisorische Neuordnung der Reparationsfrage für einige Jahre unbedingte Voraussetzung ist, weil nur sie das Vertrauen beilegen kann, das die Kreditbeziehungen des Auslandes aus Deutschland hervorgerufen hat, wobei es nach der wirtschaftlichen Entwicklung des letzten Jahres für den aufmerksamen Beobachter feststehen dürfte, daß die Überwindung der Wirtschaftskrise bereits gelungen wäre, wenn nicht infolge dieses politischen Mißtrauens in der Mitte des vergangenen Jahres jene furchtbare Kreditkrise die ersten zarten Keime einer neuen Konjunktur brutal zerstört hätte. Somit wären an sich die Voraussetzungen gegeben, die einer langharmen Neuordnung der Wirtschaft zugrundeliegenden müssen. Nach allen Beobachtungen hat der Wohlstand der Wirtschaftskrise an sich selbst längst den Tiefpunkt erreicht, ja bereits überschritten, und der Wieder-



auffrischer Konjunktur wird sich vermindern, daß durch die weiteren drohenden Kreditziehungen der deutsche Kapitalmarkt, der deutsche Geldmarkt und letzten Endes damit die gesamte deutsche Wirtschaft immer wieder gelähmt werden.

Damit sind wir bei der dritten Konferenz angelangt, die zurzeit bereits tagt und deren Erfolg auch stark von der innerpolitischen Entwicklung abhängen wird. Das ist die Stillhaltekonferenz mit den ausländischen Bankiers in Berlin, die die Erreichung einer Verlängerung des Stillhalteabkommens vom September zum Ziel hat. Bisher war diese Konferenz fast völlig erfolglos, und die Aussichten eine wirksame Verlängerung des Abkommens zu erreichen, die tatsächlich eine weitere Ableitung von Krediten aus Deutschland und damit eine weitere Lähmung unseres Geld- und Kapitalmarktes verhindern, sind vorläufig nicht abzusehen. Aber auch der Erfolg dieser Konferenz ist unbedingte Vorbedingung dafür, daß wir aus der Krise herauskommen; ohne jenes wird dieses auf keinen Fall möglich sein. Aber auch der Erfolg dieser Konferenz muß natürlich durch eine Entwicklung der Reichspräsidentenwahl in dem vorhin angedeuteten Sinne aufs äußerste gefährdet werden.

Es ist deshalb an sich ganz richtig, wenn die Reichsregierung sich bemüht, diesen Wahlkampf um den Reichspräsidentenposten zu vermeiden und durch eine vorübergehende Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs auf versöhnungsmäßigem Wege diese Sache für den Augenblick aus der Welt zu schaffen. Dagegen können wir Sozialdemokraten um so weniger etwas haben, als es völlig dunkel ist, zu welchem Ergebnis eine Reichspräsidentenwahl tatsächlich kommen würde und als es sehr wohl im Bereich der Möglichkeit liegt, daß wir bei der Durchführung der Reichspräsidentenwahl zum mindesten bei der Stichwahl im zweiten Wahlgang doch für Hindenburg eintreten müßten, wenn wir Hittlers oder eines seiner Trabanten Wahl verhindern wollen. Nicht, daß Hindenburg unser Kandidat werden würde, aber zur Verhinderung der Wahl eines Nationalsozialisten würde es höchstwahrscheinlich doch notwendig sein, auf den Kampf für einen eigenen Kandidaten zu verzichten und für Hindenburg einzutreten, wenn er sich wieder aufstellen lassen wollte. Und das wäre dann, wie die Tatsachen heute liegen, noch ein verhältnismäßig günstiger Fall. Es könnte auch dann noch sehr viel schwieriger und sehr viel schlimmer kommen, vor allem deshalb, weil es fraglich ist, ob Hindenburg sich überhaupt wieder zur Wahl stellen würde.

Indessen, eins ist notwendig: Die Abmachungen über die Verlängerung der Amtsperiode Hindenburgs dürfen auf keinen Fall zu einem politischen Geschäft benutzt werden. Es dürfen auf keinen Fall irgendwelche politischen Zugeständnisse an die Nationalsozialisten oder die Deutschnationalen gemacht werden. Sollte die Reichsregierung dazu bereit sein, was anzunehmen freilich bisher noch keine Veranlassung besteht, so wäre der ganze Plan der Reichsregierung für die Sozialdemokratie unannehmbar. Und damit wäre er natürlich auch gescheitert. Denn ebenso sehr wie man die Nationalsozialisten zur Durchführung dieses Planes braucht, ebenso sehr braucht man die Sozialdemokratie dazu. Man kann ohne deren Zustimmung den Plan nicht durchführen. Damit ist eine Gewähr gegeben, daß dieser Plan nicht zu politischen Erpressungen durch die Nationalsozialisten und Hugenbergianer benutzt wird.

Es muß vor allem betont werden, daß wir den Plan der Reichsregierung nicht deshalb für vernünftig halten, weil wir Angst vor den Reichspräsidentenwahlen haben und sie auf jeden Fall verhindern wollen, sondern deshalb, weil wir glauben, daß die Durchführung des Planes der Reichsregierung die Erreichung unserer nächsten außerpolitischen Ziele, als da sind Förderung der Abrüstung, sofortige Entlastung Deutschlands von den Reparationen mindestens für einige Jahre, am besten aber sogar für immer, und endlich Verlängerung des Stillhalteabkommens oder gar Konsolidierung der kurzfristigen auswärtigen Schulden Deutschlands, durch die Vermeidung der Auseinandersetzung des Auslandes durch einen Wahlkampf zur Reichspräsidentenwahl erleichtert wird, zumal alle diese Ziele sehr schwer zu erreichen sein werden. Aber Hittler oder Hugenberg deswegen politische Zugeständnisse machen, das hieße ja gerade ihre Macht stärken, also das Gegenteil erreichen. Das aber müssen wir auf jeden Fall verhindern und deshalb können solche Zugeständnisse auf keinen Fall in Frage kommen.

Erfreulich ist übrigens, daß, wie die letzte Berliner Meldung zeigt, der Reichspräsident selber der Ansicht ist, daß die Durchführung der Aktion keinerlei Voraussetzungen von

# Schwerer Mißgriff der Reichswehrministeriums

## Es erklärt die „Deutsche Studentenschaft“ für unpolitisch

Das Reichswehrministerium hat die „Deutsche Studentenschaft“, die Dachorganisation der rechtsradikalen Studentengruppen, von der Liste der politischen Vereinigungen gestrichen. Danach dürfen Reichswehrsoldaten nicht offiziell an den Kundgebungen dieser Organisation teilnehmen, und ebenso stehen wieder Reichswehrkapellen den politischen Studenten zur Verfügung.

Diese Entscheidung ist ein schwerer Mißgriff; denn die „Deutsche Studentenschaft“ besteht fast nur noch aus rechts eingestellten Korporationen. Gegenwärtig wird sie nur von Nazis geführt und noch immer besteht der Befehl, daß sich Mitgliedsgruppen der „Deutschen Studentenschaft“ nicht an den Verfassungskämpfen beteiligen dürfen.

# Der beleidigte Nazi-Stamm

Der Intendant des Braunschweiger Landestheater Dr. Himmighoffen, hatte kürzlich in einem Bierlokale in Braunschweig eine Stammtischbesprechung mit den Mitgliedern der „Deutschen Studentenschaft“ abgehalten. Sie strengten einen großen Kampf gegen den Intendanten an. Die Folge ist, daß die Mitglieder der „Deutschen Studentenschaft“ nicht von Jahr zu Jahr verpflichtet lassen will, hat darauf sein Amt zum Ende der Spielzeit gekündigt. Klagen der Dorfschulmeister keine Abnung von Theaterdingen hat, Intendanten, dessen Verdienste um das Braunschweiger Landestheater von allen Parteien anerkannt werden, gehen lassen.

# Stuttgarter Polizeipräsidentium und Presse

## Die Stuttgarter Polizei unterbindet jede Justizkritik - Scharfe Entschliessung des Presseverbandes dagegen

Stuttgart, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Es dient zur Beurteilung der Einstellung, von der aus das Stuttgarter Polizeipräsidentium die Notverordnung zur Bekämpfung von Ausschüßen des politischen Kampfes gegen die Presse anzuwenden gewillt ist, daß es der „Schwäbischen Tagwacht“, wie von dieser am Donnerstag mitgeteilt wird, schon einmal, und zwar am 2. November 1931, eine „Verwarnung“ zugehen ließ, nicht weiterhin „Organe, Einrichtungen, Behörden oder leitende Beamte des Staates“ zu beschimpfen oder böswillig verächtlich zu machen.

Die Redaktion der „Schwäbischen Tagwacht“ hat das Polizeipräsidentium um Angabe des unmittelbaren Anlasses für diese Verwarnung ersucht. Daraufhin stellte sich heraus, daß dem Polizeipräsidentium die Kritik nicht gefallen hatte, die von der „Schwäbischen Tagwacht“ an der Prozeßführung des Münchener Landgerichtes gegen die an der Württembergischen Staatsanwaltschaft beteiligten Nationalsozialisten geübt worden war. Alle Welt, außer den beteiligten Hakenkreuzlern und ihren juristischen Söldnern, war sich damals darüber einig, daß die Verhandlung in diesem Prozeß mit einer im Hinblick auf den lächerlichen nachgewiesenen planmäßigen Ueberfall der Nazis auf die sozialdemokratische Versammlung geradezu unverhältnismäßige Milde gegen diese Störer der öffentlichen Ordnung geführt worden und das Urteil ein Fehlurteil im schärfsten Sinne des Wortes war. Dieser Auffassung hatte die „Schwäbische Tagwacht“ Ausdruck gegeben und zwar mit einer durchaus berechtigten Schärfe. Diese Kritik an einer mangelhaften Anwendung der Notverordnung gegen die Ausschüße des politischen Kampfes durch das Münchener Gericht nahm das Polizeipräsidentium zum Anlaß, der „Schwäbischen Tagwacht“ mit der Anwendung dieser Verordnung gegen sie selbst zu drohen! Kann man den Sinn der Notverordnung schlimmer in das Gegenteil verkehren als es durch diese Praxis des Polizeipräsidentiums gescheh?

Im Anschluß an die Anfang November vom Stuttgarter Polizeipräsidentium gegen die „Schwäbische Tagwacht“ ausgesprochene Verwarnung, hat sich die Arbeitergemeinschaft der württembergischen Presse mit diesem Vorgang befaßt. Sie hat damals eine Entschliessung angenommen, in der es heißt: „Sie protestiert dagegen, daß auf Grund der Notverordnungen Eingriffe in die Freiheit der Presse vorgenommen werden, die über den Zweck der Bekämpfung politischer Ausschreitungen zu gehen, weit hinausgehen. Die Notverordnungen dürfen nicht dazu führen, den Begriff eines strafbaren Tatbestandes bei Publikation soweit auszuweiten, daß das Recht der Meinungsfreiheit auf das empfindlichste eingeschränkt wird.“

In der Arbeitsgemeinschaft der württembergischen Presse sind Verleger und Redakteure aller Parteilichungen vertreten.

irgendwelcher Seite geknüpft werden dürfen. Auf der anderen Seite freilich muß angenommen werden, daß das trotzdem von Seiten der Harzburger Front geschieht. Es ist klar, daß damit die Sache sofort erledigt ist, denn dann wird eine Zustimmung der Sozialdemokratie nicht zu erreichen sein.

# Nazi-Friedhofshänder verurteilt

Der Naziheld natürlich ein vielfach vorbestrafter Betrüge Hamburg, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Der nationalsozialistische Heizungsmeister Ludwig Krautsdorfer und der Nazi-Maßschneider Franz Jordan, die in der Nacht zum 5. Januar in getrunkenem Zustande auf dem Hamburger israelitischen Friedhof 10 Grabsteine umgeworfen hatten, wurden zu 9 bezw. 6 Monaten Gefängnis ohne Bewährungsfrist verurteilt. Im Verlauf der Verhandlung vor Schnellrichter stellte sich heraus, daß Nazi-Krautsdorfer sechs Monate wegen Diebstahls, Betrugs und Heberei, zuletzt 18 Monaten Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust vorbestraft war. Die Angeklagten gaben vor Gericht zu ihrer Entschuldigtheit an, daß sie stark betrunken gewesen wären und den Weg über Friedhof nur zur Verkürzung ihres Heimweges benutzt hätten. In der Traurigkeit hätten sie dann einige Steine umgeworfen. Demgegenüber stehen die Angaben des Polizeibeamten, der die Nazis verhaftet hat. Er bezeugte, daß die Angeklagten zwar ein wenig betrunken, aber keineswegs so betrunken gewesen seien, daß sie nicht mehr gemüht hätten, was sie taten. Als der Beamte ihn entgegenkam mit der Frage, was sie auf dem Friedhof zu suchen hätten, erklärten die Angeklagten, sie wollten ein bisschen „Kaffe machen“.

In der Urteilsbegründung heißt es, daß es abschweuungswürdig sei, Ehre und Andenken einer großen Art der Menschheit so zu schänden wie es die Angeklagten getan haben. Gegen den schwer vorbestraften Krautsdorfer wurde sofort Haftbefehl erlassen.

# Lloyd George gegen die Reparationen

Über er glaubt nicht an ihre Aufhebung. London, 7. Januar. (Eig. Drahtbericht.) Lloyd George, der am Donnerstag von einer Holungsfahrt nach Ceylon nach London zurückgekehrt ist, äußerte sich gegenüber einem Vertreter des „Daily Herald“ über die Fragen der Reparationen und interalliierten Kriegsschulden: „Nicht einen Tich mit Kriegsschulden und Reparationen so sagte der liberale Führer, der jetzt zwar nur an der Spitze eines vier Räte starken Grüppchens des Parlaments steht, aber trotzdem in England ein politischer Faktor erster Ordnung ist. Kriegsschulden und Reparationen müssen da sie einander verknüpfen sind zusammen verschwinden.“ Aber die Erreichung dieses Ziels ist Lloyd George nicht übermäßig optimistisch. Er befürchtet, daß die Ereignisse des Jahres 1932 eine Erleichterung dieser Fragen verhindern werden. Er bezieht sich besonders an die bevorstehenden Wahlen in Amerika und in Frankreich: „Wenn die Demokraten in Amerika Politik der Schuldenstreikung proklamieren, so werden Republikaner sie bekämpfen, und wenn die Republikaner die Politik ausnehmen so wählen die Demokraten den entgegengegesetzten populären Kurs. Wenn beide die Schuldenstreikung befürworten, dann tritt Herr Hearst der Zeitungskönig, auf den Plan, um sie zu bekämpfen. Ähnlich liegen die Dinge in Frankreich.“

# Das Leben

## der Marie Szameitat

Roman von Josef Maria Frank

Copyright 1930 by „Der Bücherkreis G.m.b.H.“ Berlin SW 61

Marie stoh aus der Kammer. Hinter der Pausen der aufste der Schritten des Verwalters, der sie im Hof erwachte und mit ihr sprach. Er zerrte an ihrer Bluse und verpackte ihr Geld, Arbeitserleichterung, Heirat, ein Kind und das Ganze von Himmel herunter. Marie kämpfte schwer und lächelnd mit ihm, bis sie frei wurde von seinen Händen und ihn hart fortstieß. „Gib mich“, sagte sie, „brühe, es ist schon noch einmal zu geben“ und beschimpfte sie mit gemeinen Worten. Marie lag nun, wie er am Morgen noch ein junges Mädchen war, sie schaute freudig in gepulster Abwehr, doch willig mit ihm in den Hof hinunter ablag.

Marie sah der Welt in der Küche. Am ganzen Leibe zitternd, sah sie nach Hause. Die Tür lag ins Schloß. Hart sah Marie den Kiesel vor. Er sagte: „Das ist eine gefährliche Nacht. Langsam lag sie Marie aus. Und langsam schwand auch der Kiesel in ihr. Sie war ganz allein in der Kammer; die Eltern lagen noch in der Kammer. Marie hand an der kleinen, halbblauen Spiegel. Zwischen dem Spiegel und ihr flackerte das Lampenlicht.

„Ehen, verlegen vor sich selbst, ahnungslos, warum sie es tat, warum sie es tun mußte, ließ sie langsam, fast unbewußt, den Kopf von ihren Schultern hängen. Sie sah in ihren Gedanken übergehender, nachdenklich, und sah in dem Spiegel sich. Da, sie war schon, behütet, liebte ihn, Kümmert über die Schwestern über den letzten Blick auf ihren Vater, die beiden sahen, wie ganz wenig nach unten abgesehen. Marie über die beiden, sah den Spiegel, aber den Blick. Marie sah den Leib, der das einzige war, das ihr und ihr ganz allein geblieben. Denn was sie auch ihm befehl, war nur Tränen, Schweiß und Schrei.“

Marie lächelte frei ihrem Spiegelbild zu. Ihr Vögelin war wie ein Bekenntnis und ein Trauhschwur.

Es, wie sie war, nach, legte sie sich unter das kühnende Laten. Langsam träumte sie sich in den Schlaf. Sie wußte, daß ein Tor, wenn auch nur ein kleines Tor zu der geheimnisvoll leuchtenden Welt geöffnet war, um die kleine Marie mit all ihrem großen Streben einzulassen. Aus der armenigen Kiste in das Wunder des Herrenhauses.

Einige Tage später trat sie ihren Dienst im Herrenhaus an und nahm Abschied von den Tieren, die sie lieb gewonnen hatte. Sie wandte den Hals ihrer Pflanzung und gab heimlich allen bester und reichlicheres Futter als sonst. Die Tiere schienen zu sehen, daß ein Kamerad von ihnen ging. Ihr Schreien war wehmütig, als Marie den Stall verließ.

Dann packte sie ihr weniges Hab und Gut in ein Bündel und ging damit hinüber ins Herrenhaus, in die andere Welt. Wenige Stunden danach lag sie schon in schwarzem Kleid, ein weißes Hochschürchen und das gestärkte Handchen. Sie gehörte nun ganz dem Herrenhaus, das eine fast unübersteigbare Grenze von den Katen trennte.

Die Wochen verstrichen. Marie fühlte und lebte sich ein. Sie erries sich so glücklich und so gewandt, wie man es von ihr erwarten konnte. Die Herrin wurde immer zufriedener mit Marie; Marie war ihr jählich ergeben in ihrer Anhänglichkeit.

Ihr Leben ging geregelt, nichts ließ Marie befürchten, daß es anders gehen könnte. Marie glaubte an sich und an ihr Leben, in dem sie reich, angefüllt und ehrlich vorwärts und hochschritt.

Es war Spätnachmittag, kurz vor der Dämmerung. Marie sollte ihren freien Abend haben und wollte ihre Mutter besuchen, um ihr beim Wäscheaufhängen zu helfen, als der Herr Marie rufen ließ. Er hatte einen wichtigen Brief, der große Eile hatte, abzugeben. Aber niemand Jüngerliches war zur Hand. So schickte Marie den Koffer, den sie zum Bahnhof, wo die Postkutsche war, zu bringen, und dort aufzugeben. Dann kam Marie zu ihrer Mutter.

Marie wachte sich schnell fertig und auf den Weg und erzielte glücklich und vereinsamungsbewußt, wie sie war, alles gut und zufrieden.

Bahnhofs vorbei. Als sie die Eingangstür zum Wartesaal passierte, stieß sie mit dem Bahnhofskellner zusammen, der verblüfft ansah.

Er kannte Marie vom Erntefest her. Er hatte mit ihr getanzt, und Marie hatte sich mit ihm damals sehr gut unterhalten. Er begrüßte sie mit herzlich Freude, die Marie übernahm. Sie wußte ja nicht, wie sehr die Langeweile auf diese verböten Bahnhof quälte und wie man dort für jede Kleinunterbrechung des Einzelnen herzlich dankbar war. Fröhlich hieß der Kellner — hat mit einem lieben, beständigen Lächeln Marie, doch etwas zu bleiben und mit ihm „zu schwätzen“. Marie wollte zurück. Die Mutter wartete ja auf sie. Aber Fröhlich verstand mit Erfolg zu bitten und Marie zum Bleiben und Nachgeben zu reizen. Fröhlich war für sie ein Stück aus jener anderen Welt, an der der blaue D-Zug kam.

Marie und Fröhlich lagen in dem leeren Wartesaal, in dem kein Mensch sie störte. Zuerst war es still zwischen ihnen gestellt. Er dachte die großen Dingen, die um das Gesicht strömten, lurren hören konnte. Marie mußte sich erst an dieses Seltsame der Unterhaltung mit einem Mann, den sie — sie verheißte sich das nicht — bewunderte, gewöhnen. Er brachte eine Flasche Wein, Marie wachte nicht, das war es. Sie fragte dann, wie schämte sich gleichzeitig ihrer Frage. Der Kellner füllte zwei Gläser mit dem goldbraunen Wein. Marie nippte. Sie trank langsam, behäuflich, Schluß auf Schluß. Lachend gestand sie Fröhlich, wie gut das schmecke.

Die Wartesaalbesucher lächelte in ihr Lachen hinein und schlief. Jetzt erst merkte Marie, wie spät es geworden war. Draußen war es schon dunkel. Sie mußte zurück.

Fröhlich erbot sich, sie zu begleiten, da er doch nichts versäumte. So gingen sie zusammen den Weg zum Gut.

Marie spürte jetzt den Wein, der ihr ungewohnt war. Ihre Schritte waren schlappend und ihre Augen glänzten wie Spielzeug im Licht. Fröhlich war sie vorsichtig von der Seite her hinterherüberlegte. Mit der Zeit zwinkelten keine verdorrten Finger der Schnurrbartbüchsen.

In Wegesmitte war ein Wäldchen, vielleicht hundert Meter im Umkreis den Weg umlaufend. Da machten sie Halt, setzten sich auf eine Bank, die vor Jahren die Gutsbesitzer gebaut hatten. Sie wußten, warum.

(Fortsetzung folgt.)



# Die Umbildung des Kabinetts Laval

und geht wahrscheinlich - Briands Gesundheit recht schlecht - Laval will ihn behalten

Paris, 7. Januar. (Eigener Drahtbericht.)  
Neben die Nachfolge Maginots und die Umbildung des Kabinetts Laval ist am Donnerstag noch kein Schluss gefasst worden, obwohl anzunehmen ist, daß die in der nachmittags stattgefundenen Kabinettsitzung schon erledigt worden ist.  
Ebenfalls ist durch den Tod Maginots die Umbildung, die nicht die Gesamtdemission des Kabinetts sicher. Daß auch Briand nicht mehr zweifelhaft zu sein. In den Wandelungen der Kammer wurde am Donnerstag-Nachmittag verhandelt, daß Briand selbst vor kurzem dem Ministerpräsidenten seine baldige Demission angekündigt habe. Seine Gesundheit sei so sehr angegriffen, daß er nicht mehr in der Lage sei, an Konferenzen oder Parlamentssitzungen teilzunehmen. Sein Nachfolger wird Paul Bascour genannt, wenn Laval selbst neben der Ministerpräsidentenschaft das Außenministerium übernehmen sollte. Für den Posten des Kriegsministers werdet der Vorstand der Heeres-Kommission, Abg. Fabry, und der gegenwärtige Ackerbau-Minister, Abg. Tardieu genannt. Alle diese Kandidaturen seien daraufhin, daß die dem Ministerpräsidenten von Laval zugeschiedene Absicht, daß er sein Kabinett nach dem Tode Maginots, d. h. die Kabinettsmitglieder zum Eintritt in die Regierung auffordern werde, nicht zureichend ist, zumal behauptet wird, daß zwei mit der linken sympathisierende Minister, der Arbeitsminister und der Minister für die Handelsmarine, die nur eine Belastung für das Kabinett stellen, geopfert werden sollen.

Paris, 7. Januar.  
Wie die „Agence Havas“ zu wissen glaubt, würde Ministerpräsident Laval, falls Briand aus Gesundheitsrücksichten nicht die Möglichkeit sehen würde, weiterhin Außenministerium zu behalten, Briand bitten, dem Kabinett seine Mitarbeit als Staatsminister

zu erhalten, um der Regierung auch ferner mit seiner großen Erfahrung zur Seite zu stehen.

## Donn Gesamtdemission des Kabinetts Laval wahrscheinlich

Die heutigen Morgenzeitungen erklären fast einstimmig, daß der Ministerpräsident bereits den Entschluß gefaßt habe, sich nicht auf eine Umbildung des Kabinetts zu beschränken, sondern nach der Kammereröffnung dem Präsidenten der Republik die Demission des Gesamtkabinetts anzubieten. In parlamentarischen Kreisen ist man davon überzeugt, daß Doumer den Ministerpräsidenten dann wieder mit der Neubildung der Regierung beauftragen und dabei den Wunsch äußern wird, eine möglichst ausgeglichene Konzentration durchzuführen. Man verheißt sich aber nicht, daß ein Versuch Laval, die Kabinettsmitglieder zum Eintritt in die Regierung zu bewegen, jetzt ebenso scheitern werde, wie alle ähnlichen, in den letzten Jahren unternommenen Versuche. Das „Deuore“ erklärte ganz offen, man dürfe sich über die Möglichkeit eines Konzentrationskabinetts keine Illusionen machen. Die Parteien hätten für die bevorstehenden Kammerwahlen bereits Stellung genommen, und es müßte sich bei den Wahlen eine Mehrheit herausbilden, die es erlaube, eine Politik durchzuführen, die sowohl die Interessen Frankreichs wie die Aufrechterhaltung des Friedens verteidige, eine Politik, die mit dem Namen Briands verknüpft sei und die die gegenwärtige Mehrheit nicht zu einem guten Ende führen könne.

Man ist allgemein davon überzeugt, daß Laval selbst das Außenministerium übernehmen wird. Er soll jedoch die Absicht haben, sich in irgendeiner Form die wertvolle Mitarbeit Briands zu sichern, um damit zum Ausdruck zu bringen, daß die Beständigkeit der französischen Außenpolitik gewahrt bleibe. Der „Eclair“ erklärt, es bestehe die Absicht, Briand den Posten eines Staatsministers anzubieten, der Laval in außenpolitischen Fragen berate. Eine derartige Lösung könne weber für Laval noch für Briand eine Verminderung ihres persönlichen Prestiges bedeuten.

# Der Finanzausgleich

Selbstverwaltung der Selbstverwaltung - ungelöste Steuerprobleme  
Der Finanzausgleich ist eines der wichtigsten Probleme der öffentlichen Finanzpolitik und die Art, in der dieses Problem gelöst wird, ist von größter Bedeutung für die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft, die Höhe und Verteilung der Steuerbelastung und das Schicksal der Selbstverwaltung. Die Ordnung des deutschen Finanzausgleichs ist noch durch die rivalisierenden Interessen von Reich und Ländern besonders erschwert. Die deutsche Finanzgeschichte vor und nach dem Kriege ist von ständigen Kämpfen um den Finanzausgleich erfüllt, ohne daß es bisher gelungen wäre, eine brauchbare Lösung zu finden. Jetzt ist die Reihe der Reformvorschlüsse, die diesem ungelösten Zustand ein Ende machen wollen, durch einen neuen Vorschlag vermehrt worden, dem besondere Bedeutung zukommt.

Der frühere Staatssekretär im Reichsfinanzministerium, Dr. Popitz, hat einer privaten „Studiengesellschaft für den Finanzausgleich“ ein umfangreiches Gutachten über „den künftigen Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden“ erarbeitet. Dieses Gutachten (das im Verlage von Otto Liebmann, Berlin, erschienen ist) unternimmt es, neue Wege für die Gestaltung des Finanzausgleichs zu weisen, die, wenn sie befolgt werden, zu einer umfassenden Neuordnung unserer gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft führen müssen. Im wesentlichen bringt das Gutachten folgende Vorschläge:

1. Die Grundlage für die gesamte kommunale Finanzwirtschaft soll eine einheitliche Finanzordnung bilden, die nach dem Muster der Reichshaushaltsordnung entworfen ist. Sie soll eine Haushaltsordnung, Vorschriften über die Anleiheaufnahme, über die Verwaltung der öffentlichen Unternehmungen, über das Gemeindebeamtenrecht und die Durchführung der Rechnungslegung und Rechnungsprüfung enthalten.
2. Das Gemeindesteuersystem soll in folgender Weise umgebaut werden: Die Haussteuer wird abgebaut und teilweise durch eine Wohnsteuer ersetzt, die in ein festes Verhältnis zu den Realsteuern gebracht wird. (Diese Vorschläge sind durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zum Teil überholt.) Die Gewerbesteuer soll um 40 Prozent gemindert werden. Die Bürgersteuer soll auf die Personen beschränkt werden, die nicht wohnungssteuerpflichtig sind. Die Bier- und Getränkesteuern der Gemeinden sollen in eine 10prozentige Ausschanksteuer umgewandelt werden.
3. Soweit der Finanzbedarf der Gemeinden durch ihre eigenen Steuern nicht gedeckt wird, sollen Staatszuschüsse und Finanzumlagen gewährt werden. Die Staatszuschüsse sollen sich vor allem auf die persönlichen Einkommensteuern, die Polizeikosten und die Wegelasten beziehen, ähnlich wie es bereits in Preußen der Fall ist. Die Finanzumlagen sollen an die Stelle der jetzigen Reichssteuerumlagen treten. Sie sollen nicht mehr nach dem örtlichen Einkommen, sondern auf Grund objektiver Bedarfsmasse verteilt werden. Für die eine Hälfte ist ein Verteilungsschlüssel nach der Einwohnerzahl vorgesehen, der die mit der Größe der Gemeinde wachsenden Verwaltungskosten berücksichtigt, für die andere Hälfte soll der Anteil der Lohn- und Gehaltsempfänger und ihrer Familienangehörigen an der Gesamtzahl der Gemeindebevölkerung maßgebend sein.
4. Eine Sonderregelung ist für die Erwerbslosenfürsorge vorgesehen. Popitz erklärt, daß die Arbeitslosenversicherung vorläufig vorläufige und daher mit der Kreisfürsorge und der Wohlfahrtsfürsorge in einer einheitlichen Arbeitslosenfürsorge aufgehen müsse, deren Verwaltung den Gemeinden übertragen werden soll. Die Finanzierung dieser Fürsorge soll durch eine besondere Abgabe erfolgen, zu der Arbeitnehmer, Arbeitgeber und Beamte unter Anrechnung der bisherigen Beiträge zur Arbeitslosenversicherung, der Kreissteuer und eines Teils der Gehaltskürzung herangezogen werden sollen.

Diese Vorschläge sind zweifellos sehr beachtlich. Während aber Popitz wiederholt betont, daß er sich nur von finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten leiten lasse, geht doch aus dem Gutachten klar hervor, daß seine Vorschläge von bestimmten politischen und wirtschaftlichen Grundeinstellungen ausgehen, die nicht teilen können. In erster Linie gilt das von der Absicht, den öffentlichen Aufwand weiter herabzudrücken. Soweit es sich nur darum handelt, die öffentlichen Finanzen so rationell wie möglich zu gestalten und jede unwirtschaftliche Verwendung öffentlicher Mittel zu bekämpfen, können wir die Forderungen von Popitz nur unterstützen. Popitz ist aber darüber hinaus offenbar ein grundsätzlicher Gegner einer Ausdehnung der öffentlichen Betätigung. Aus dem gleichen Grunde tritt er auch für die Verringerung der Arbeitslosenversicherung ein, was einen verkappten Abbau der Unterstützungslage bis auf den Stand der Wohlfahrtsfürsorge bedeutet. Ebenso verlangt er, daß die Tätigkeit der Gemeinden auf dem Gebiet des Wohnungsneubaus unterbunden wird.

Der zweite gefährliche politische Gesichtspunkt ist der Kampf gegen die Erwerbslosen in den Gemeinden. Dies ist der tiefere Grund für die weitere ungelöste Umgestaltung des Steuersystems, die Popitz vorschlägt. Es genügt ihm nicht, daß heute die breiten Massen schon durch Bürgersteuer, Biersteuer, Getränkesteuer, Grundsteuer und die Wertsteuer ganz außerordentlich stark zu den Gemeindefinanzbeiträgen beitragen. Es soll auch noch eine Wohnsteuer hinzukommen, die so gestaltet werden soll, daß jede Erhöhung der Gewerbesteuer zugleich eine Erhöhung der Mieterbelastung nach sich zieht.

Popitz stellt seine Vorschläge als einen Wiederaufbau der Selbstverwaltung dar. Auch das ist sehr fragwürdig. Denn zugleich werden die staatlichen Kontrollen in einer Weise ausgedehnt, die auf manchen Gebieten einer völligen Reglementierung gleichkommt. Insbesondere sind die Vorschläge über die öffentlichen Versorgungsbetriebe, die in der Aufhebung ihrer Steuerfreiheit gipfeln, eine schwere Gefahr für die Gemeindefinanz.

Diese wenigen Beispiele verdeutlichen, daß es sich bei dem Gutachten von Popitz nicht nur um die ausgeübte Arbeit eines Sachverständigen von Rang handelt, sondern um den Plan, bestimmte politische Absichten durchzuführen, einen Plan, den die Arbeiterklasse mit der größten Wachsamkeit weiter verfolgen muß.

## „Südtirol verredet“

Reichsdeutsche nationalsozialistische Studenten haben kürzlich in einer Verlesung für Südtirol in Innsbruck ausgerufen: „Südtirol verredet!“ Als diese schändliche Haltung bekannt wurde, hat der „Völkische Beobachter“ den Versuch gemacht, diese Rufe zu dementieren. Er ist jedoch verurteilt, als mehrere Tausend Zeitungen sich gegen die Unwissenheit erhoben und sich erboten, den Wahrheitsbeweis für die Tatsache dieser Zwangsverredung zu führen.

Weil Hitler die Stiefel Mussolinis leckt, dürfen die Deutschen in Südtirol vor die Hunde gehen. Weil die Anhänger Hitlers den Stachel ihres Verzichts an Südtirol tief im Fleische sitzen haben, verfolgen sie die Deutschen in Südtirol mit ihrem Haß. Wer nicht die nationalsozialistischen Parteinteressen bis zur Aufgabe seines nationalen Weltens reflexlos verrät, der kann in Südtirol verredet! Anfang der vierziger Jahre hat dem Rufe „Südtirol verredet!“ Deutschland verredet!  
Und das nennt sich eine nationale Partei!

# Vorgehen der Mächte gegen Japan

U. S. A. führen und wollen den Neun-Mächte-Vertrag gegen Japan anwenden

Amerika wird, wie Stimson bekannt gab, den Neun-Mächte-Vertrag von 1922 gegen Japan anzuwenden bringen, und zwar im Einklang mit den übrigen Unterzeichnern des Vertrages. Worin das Vorgehen der Mächte bestehen wird, hat Stimson noch nicht angegeben.  
Der Neun-Mächte-Vertrag garantiert die territoriale Integrität Chinas.

Volkspartei, den Volksozialisten und den Christlich-Nationalen gegen die Nationalsozialisten bilden, um den hochbeideten Kammerpräsidentenposten für ihre Partei zu retten. Diese Aktion - über die ich schon berichtet habe, damit 1932 endlich auch der überheblichen Gesellschaft der vereinigten Reaktion das Handwerk gelegt werde.

## Deutsche Regierung widerlegt Nazilügen

und zeigt ihnen die kalte Schulter

Der auf Verlangen der Nazis und Kommunisten eingesezte Untersuchungsausschuß gegen den hessischen Innenminister Leuschner hatte beschlossen, von der Regierung die Vorlegung sämtlicher Akten über das Vorzimmerdokument, über Kaffron und über die Verteilung der Polizeiwachen (!), ferner die Vernehmung von Beamten über angebliche Amtspflichtverletzungen Leuschners zu verlangen.

In der am Donnerstag nachmittag unter dem Vorsitz des Abgeordneten Jung aus Worms und unter dem Vorsitz des Völkischen Dr. Best einberufenen öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses war die Regierung wieder nicht vertreten. Sie ließ mitteilen, daß im Interesse der Staatsicherheit von einer Herausgabe der erwähnten Akten nicht die Rede sein könne und daß sie auch die als Zeugen vernehmenden Beamten nicht von ihrer Schweigepflicht entbinden werde. Zu den Untersuchungsanträgen der Nazis gegen Leuschner hat die Regierung eine längere Erklärung abgegeben, aus der hervorgeht:

Dem aus der NSDAP. ausgetretenen Abgeordneten Schäfer-Offenbach sei vom hessischen Polizeiamt ein Wunsch eines der hessischen Gemeindegewerkschaften ausgestellt worden, wonach er, soweit bekannt, während seines Offenbacher Aufenthaltes nicht gerichtlich bestraft worden sei. Wenn sich später herausgestellt habe, daß Schäfer in Weimar bestraft worden sei, so sei der Offenbacher Polizei davon nichts mitgeteilt worden. Vielmehr sei diese Mitteilung in Weimar nach Frankfurt gegangen, wo Schäfer ebenfalls politisch gemeldet gewesen sei. Seinen Dokortitel habe Schäfer der Polizei durch ein lateinisch abgefaßtes Diplom abgelegt. Minister Leuschner habe von der Ausstellung des Gemeindegewerkschaftsleiter in Offenbach nichts gewußt, während das Zeugnis erst am 28. Oktober 1931 ausgestellt worden sei. Der Vorwurf, das Vorzimmerdokument zu einer Hochverratsaffäre „aufgebauscht“ zu haben, treffe die hessische Regierung um so weniger, als nicht sie das Dokument veröffentlicht oder dessen Veröffentlichung veranlaßt habe, sondern die Organe eines anderen Landes, und die hessische Regierung auch keinen Einfluß auf die Einleitung einer Voruntersuchung gegen Dr. Best durch den Oberstaatsanwalt gehabt habe. Es sei ferner unrichtig, daß früher beim Polizeiamt in Kassel verwehrte Waffen an Reichsbannerorganisationen abgegeben worden seien. Diese Waffen befinden sich nach wie vor ausschließlich im Besitz der Polizei.

Im Verlauf der Sitzung erklärte der nationalsozialistische Vorsitzende das Verlangen anderer Ausschussmitglieder, diese Regierungserklärung wenigstens zu verlesen, als eine „Zuweisung“, kam aber schließlich dem Verlangen nach, wobei er sich dumme Bemerkungen erlaubte. Best erklärte, die Regierung wolle den Ausschuss man könne auch sagen, sie kenne. Gegen den Widerstand der NSDAP. wurde die Sitzung schließlich auf unbestimmte Zeit vertagt.

## Kampagne gegen die Deutschnationalen

Scharfe Vorwürfe gegen die Heberhebeligkeit des deutschnationalen Junkertums

Nazi-Kampagne hält in dem Münchener Nazi-Tagung eine allerschmerzliche Abrechnung mit seinen bisherigen Feinden von der Harzburg Front.  
Zunächst behauptet Kube, daß er sich als Führer der Halen-Feinde im Preussischen Landtag jahrelang bemüht habe, ein besseres Verhältnis zu den Deutschnationalen herzustellen zu begehren. Er habe den Deutschnationalen sogar wiederholt anboten, durch gemeinsame Anträge und parlamentarische Aktionen den Kampf gegen die schwarze rote Herrschaft zu führen. Seine Bemühungen seien aber daran gescheitert, daß die Deutschnationalen Preußen als ihre eigentliche Domäne betrachteten und auch nach Harzburg ihre Mißtrauensanträge ohne jede Rücksichtnahme mit den Nazis eingeleitet hätten. Damit sei bewiesen, daß das Heberhebel Junkertum gegenbergeht, das in der Lage sei und nicht will, daß der Erde preussischer Staats- und Reichspräsident Adolf Hitler und nicht Herr von Helldorf in der Wirklichkeit wollen die Herren Deutschnationalen nur wieder in drei Klassen wahrzunehmen. Dem Haß den Boden ausgeschlagen habe aber das Verhalten der Deutschnationalen in der Brandenburgerischen Handwerkskammer am 18. Dezember vorigen Jahres, wo sie eine Einheitsfront mit der Deutschen

## Die preussischen Kulturämter werden nicht aufgelöst

Wie aus Anfragen an das Kulturamt Breslau hervorgeht, hat die in den Tageszeitungen veröffentlichte Bestimmung der Kulturbauämter in interessierten Kreisen der Landwirte zu der irrigen Auffassung geführt, daß auch die Kulturämter aufgelöst sind.

Dies gibt Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß die Kulturämter nicht aufgelöst werden, sondern weiter bestehen und für die Bearbeitung der ihnen übertragenen Geschäfte auch weiter zuständig bleiben. Die Kulturämter sind vielmehr mit größerer Selbständigkeit ausgestattet worden und werden infolge der Auflösung der Landeskulturämter voraussichtlich durch das freiberufende Personal verstärkt werden, was insbesondere die Bearbeitung der so überaus dringlichen Siedlungsverfahren mehr als bisher fördern zu können.

## Auflösung des Nazi-Studentenbundes in München

Wegen unzulässiger Verechnens

Der nationalsozialistische Studentenbund an der Münchener Universität wurde durch Senatsbeschluss für das laufende Wintersemester suspendiert. Seine Anträge am schwarzen Brett der Universität wurden sofort entfernt.  
Die Ursache der Suspendierung liegt in den unzulässigen Angriffen auf die Universität und auf einzelne Professoren, die sich der Bund bei den Wahlen im November in der ohne Genehmigung des Rektors verbreiteten Flugblätter geleistet hatte. Der Verantwortliche für diese Flugblätter wurde inzwischen von allen hessischen Hochschulen gemieden. Dem Bund war gegen Ende des Sommersemesters schon die Auflösung angedroht worden, weil die Unterjochung ergeben hatte, daß die tätlichen Angriffe auf Professor Kammann und die terroristischen Störungen in seinem Kolleg von führenden Mitgliedern des Bundes organisiert und durchgeführt worden waren.

## Das Geschäft mit dem Recht

Herr Luettgebrune, der Rechtsanwalt der Nationalsozialisten, kündigt im „Völkischen Beobachter“ an, daß er sich vergrößert. Er verlegt sein Geschäft und seinen Wohnsitz von Göttingen nach Hannover. Herr Luettgebrune hat seit dem Hitler-Prozess von 1924 als nationalsozialistischer Verteidiger gewirkt und hat sich als „Kämpfer für Freiheit und Recht“ von den Nationalsozialisten feiern lassen.  
Auf jeden Fall hat Herr Luettgebrune ein glänzendes Geschäft mit dem Recht gemacht. Die Behauptung, daß er in den Prozessen der Hieswig-Hofmeisterin Bombenleger ein Honorar von 150 000 Mark gefordert und ein Honorar von über 82 000 Mark erhalten hat, ist bisher von ihm nicht bestritten worden. Er kann sie nicht bestritten. Es war das Honorar eines einzigen Prozesses. Im Zusammenhang mit dem Miteilungen über die Höhe seines Honorars ist immerzeit festgestellt worden, daß er Wechsel seiner Klienten, mit denen er bezahlt werden sollte, in Anspruch gefaßt und seine Klienten damit in schwere Bedrängnis gebracht hat.

Neben Herrn Luettgebrune steht als Leibjurist Adolf Hillers der Reichstagsabgeordnete Dr. Frank H. Auch er ist ein vielbeschäftigter Anwalt. Je häufiger die Anhänger Adolf Hillers gegen das Reich verlangen, um so höher wird sein Einkommen. Von ihm steht fest, daß er für die Verteidigung eines nationalsozialistischen Schriftleiters vor dem Schwurgericht in Augsburg 1800 Mark Gebühren verlangt hat; obgleich die Gebührenordnung nur 330 Mark vorschreibt. Auch er kann nicht bestritten, denn der von ihm verteidigte Schriftleiter hat nach seinem Austritt aus der NSDAP. den Leibjuristen Hillers auf Zahlung der ihm zu viel abgenommenen 870 Mark verklagt und hat ein vollstreckbares Urteil erlangt. Herr Dr. Frank H. der Mann, mit dem hohen Einkommen aus den Prozessen der Hitler-Anhänger hat sich wegen dieses Betrags von 870 Mark präden lassen.  
Für die Anwälte vom Halenkreis, die so ausgezeichnete Geschäfte mit dem Recht haben, sind die verheißenen Herrschaften des Dritten Reiches bereits angebrochen. Bekannte hessische Verberater der Nationalsozialistischen Partei entgegen der Frage: Die SA. gibt ihr Blut und was gibt Dir? Sie haben aber keinen Begriffs, der die Rechtsanwältin vom Dritten Reich nicht ist. Für sie steht fest: die SA. gibt ihr Blut und die Rechtsanwältin nehmen die Honorare!



# NAUWA ARANA in NAUWA Tahiti TIETZ

## Damenkonfektion im Preise enorm reduziert

- Fesche Tweed-Kleider** mit Faltenrock und entzückender Charmeuse-Garnitur **4<sup>90</sup>**
- Jugendliche Kleider** aus m. lech gemustertem Trikotstoff, mit apart eingesetztem uni Sattelteil **5<sup>90</sup>**
- Nachmittagskleider** aus kunstseidenem Marocain, in verschiedenen neuen Ausführungen und reicher Farbauswahl **8<sup>90</sup>**
- Jugendl. Wintermäntel** reinwollener Ottomane, mit Pelzkragen oder flotte Sportformen aus englisch gemusterten Stoffen, ganz gefüttert **9<sup>75</sup>**
- Ein Posten Wintermäntel** aus uni Velourstoffen, in schweren Qualitäten, zum Teil mit echtem Pelzkragen, ganz gefüttert **19<sup>50</sup>**

## Kinderkonfektion im Preise enorm reduziert

- Mädchen-Kleider** aus einfarbigem Popeline, mit farbiger Handstickerei, Größe 40-50 **1<sup>95</sup>**
- Mädchen-Kleider** aus reinwollnem Natté, mit moderner Wollspitzen-Garnitur, Größe 60-85, Größe 60 **4<sup>90</sup>**
- Steigerung pro Größe 75 Pfg.
- Mädchen-Mäntel** aus warmen Flauschstoffen, mit großem imit. Pelzkragen Größe 55-85 **8<sup>90</sup>**
- Einknöpf-Anzüge** aus farbigen Fantasiestoffen, zum Teil ganz gefüttert Größe 0-3 **3<sup>95</sup>**
- Knaben-Mäntel** aus englischartigen Stoffen, warm gefüttert Größe 0-4 **4<sup>90</sup>**

**Damen-Schlüpfer**  
Kunstseide plattiert, gute Qualitäten, Größe 42-48 **95**  
1.45

**Damen-Schlüpfer**  
Kunstseide, warm geraut, dicke Qualität, viele Farben, Größe 42-46 **1<sup>2</sup>**

**Damen-Hemdhoosen**  
fein gewirkt, mit Bandträgern und langem Bein **1<sup>4</sup>**

**Herren-Normahosen**  
wollgemischte Qualität, Größe 4-6 **95**  
1.45

**Herren-Einsatzhemden**  
gute Rumpqualität, weiß, mit modernen Popeline-Einsätzen, Größe 4-6 **1<sup>9</sup>**

## Leinen- und Baumwollwaren zu Sonderpreisen!

## Wollwaren Handschuhe

- Damen-Lumberjacks** mit rundem Ausschnitt, gute Qualität, in verschiedenen Ausführungen **1<sup>95</sup>**
- Damen-Lumberjacks** reine Wolle, mit rundem Ausschnitt, klein gemustert **3<sup>90</sup>**
- Damen-Westen** reine Wolle, hellfarbig, mit Bordüre **3<sup>90</sup>**
- Herren-Lumberjacks** schwere Qualität, mit Reißverschluss, moderne Muster **4<sup>90</sup>**
- Damen-Handschuhe** imitiert Wildleder, mit modernen, hochstehenden Manschetten **85** Pfg.
- Damen-Strickhandschuhe** reine Wolle, mit Raummanschette, schwere Qualität **95** Pfg. 1.45
- Napphandschuhe** für Damen, mit warmem Plüschfutter, gutes Fabrikat **4<sup>50</sup>**
- Herren-Trikohandschuhe** mit durchgehendem Plüschfutter, praktische Farben **95** Pfg. 1.45

**Damen-Strümpfe**  
edit Mako oder Washkunstseide plattiert, in großem Farben-Sortiment **95**

**Damen-Strümpfe**  
Waschkunstseide mit Flor plattiert, oder feinfädige Washkunstseide, moderne Farben **1<sup>4</sup>**

**Damen-Strümpfe**  
Wolle oder Flor mit Kunstseide plattiert, hochwertige feine Qualitäten, in allen Modefarben **1<sup>9</sup>**

**Kinder-Strümpfe**  
reine Wolle, fein gestrickt, Größe 7-10 **1.25**, 4-6 **95** Pfg. 1-3 **65**

**Herren-Socken**  
Wolljacquard oder Flor mit Kunstseide, moderne Muster **95**

**STADTHEATER**  
Freitag 20-22.45  
Abend-Vorl. C 8  
**Nida**  
Sonnabend 20-22.30  
**Botanik**  
Sonntag 14.30-17.30  
(Ernährungs-Vorl.)  
**Die Zauberflöte**  
20 bis gegen 22.15  
**Die Blume von Hawaii**

**LOBETHEATER**  
Freitag 20.15-22.15  
**Roulette**  
Sonnabend 20.15 (täglich)  
Zum 1. Male  
**Der Schwierige**  
Luffspiel von  
Sugo v. Hofmannsthal  
Sonntag 15.30  
**Der Himmelsstempel**

**THALIATHEATER**  
Täglich 20.15-22.15  
**Frauen haben das gern...**  
Sonntag 15.30  
**Robinsons Abenteuer**

**Schauspielhaus**  
Heute und täglich 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
täglich  
**Carltheater Zürich**  
Frühling im Wienerwald

**Circus Busch**  
Tägl. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> und 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr  
**20 Sensationen**  
mit 60 Pferden,  
12 Elefanten und vielen  
exotischen Tieren.  
Roi 291 25

**Primus PALAST**  
Hubenstraße 10

Das große Doppel-Programm!

**Szöke Szakall**  
der urwüchsigste und originellste Komiker  
des deutschen Tonfilms  
im tollen Tonfilm-Schwank

**Die schwebende Jungfrau**  
Ein Film der ununterbrochenen  
Lachsalven und Heiterkeitsstürme.

Die große Komiker-Besetzung:  
Szöke Szakall : Fritz Schulz  
Paul Kempis : Paul Westemeier  
Max Ehrlich : Kurt Lilian  
Dina Gralla : Lissi Arna usw.

Ferner:  
Als 2. großer Schlager:  
**Die Warschauer Zinadelle** 990  
Ein spannender Großfilm  
aus dem Rußland der Vorkriegszeit

**Ufa-Wechsenschau**  
Anfang 7<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr: Erwachsene halbe Preise.  
Sonntag 3 Uhr:  
**Große Jugend-Vorstellung**  
Das große Wäwest-Programm

**ATLANTIK**  
Gräbener Straße 74 Tel. 58508

Des großen Erfolges wegen verlängern wir den unvergleichlichen Ufa-Film **2. Woche** (bis Donnerstag)  
**Lillian Harrey - Willy Fritsch - Conrad Veil**  
in  
**„Der Kongreß tanzt“**  
Dazu das auserwählte lösende Beiprogramm  
**Die große Bühnenattraktion**  
Anfang 5, 7, 9 Uhr 60

**Zentral**  
Theater - Westendstr. 30

Des großen Erfolges wegen verlängern wir das grandiose Spitzwerk-der-Ufa-**Der Kongreß tanzt** um 2 weitere Tage.  
bis einschließl. Sonnabend, den 9. Januar.  
„Das gibt's nur einmal - das kommt nicht wieder“  
Beginn 3 Uhr - Letzte Vorstellung 9<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.  
Reichhaltiges Beiprogramm: Bühnenschau!

Ab Sonntag, den 10. Januar, bis Donnerstag, 14. Januar  
**KESSE v. Nagy, Stefan Röhmann**  
in dem entzückenden Tonfilm-Lustspiel der Ufa  
**HEINZ FRICK, DIE KÖNIGSKINDER**  
mit Maly Delacourt  
Alfred Abel, Hermann Vallentin.  
Im stimmungsvollen, begleitet v. der Hauskapelle  
**Paul u. Palachen als Kunstschützer**  
Sie werden Tränen lachen! - Auf der Bühne  
eine neuartige, internationale Varietè-Attraktion!  
Beginn tägl. 4<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr, letzte Vorstellung 8<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr.

50 VERBUNDUNG VON  
**DRUCKSACHEN**  
GERÜCKSICHTIGEN: KUNSTSTOFFE UND  
HANDEL, KOMMERZIAL- UND STAATS-  
BESORGEN, PARZELLENGEGEN, GEMEIN-  
SCHAFTEN, KRANKENKASSEN, ARBEITER-  
SPORT- UND VERBANDSVEREINE UND  
BUCHDRUCKEREI DER

**VOLKSWACHT**  
GROßEAD N. FLURSTRASSE 4-6

**Auktion**  
wegen Geschäftsaufgabe der Firma  
**Riedel & Co.**  
Reusdierstraße 16/17

Beginn: Sonnabend, den 9. Januar, vorm. 9 Uhr  
täglich von **9-1** und **3-7** Uhr

In dem bisherigen Geschäftslokal versteigere  
ich öffentlich einzeln, freiwillig, meistbietend  
gegen Barzahlung

**Große Posten**  
nur neue Waren

**Herren-Sakko- und Sport-Anzüge**  
**Smoking- und Gashrock-Anzüge**  
**Ulster, Paletots, Joppen** für Sommer und Winter  
**Trenchcoats, Covercoats, Lederjacken**  
**Hausjacken**  
**Windjacken, Lüster- und Leinen-Sakkos**  
**Streifen- und Tennishosen, Knickerbocker**  
**Burschen-Anzüge, -Mäntel und -Hosen**  
**Kleider Anzüge, Pyjacks**  
**Konfirmanten- und Jünglings-Anzüge**

Das Lager muß restlos versteigert werden!  
Ebenso versteigere ich eine gebrauchte  
Ladeneinrichtung u. Dekorationsgegenstände

Besichtigung 1/2 Stunde vorher.

**Dr. Kurt Gurassa**  
Rechtsanwalt und Notar

zu jeder Gelegenheit und Festlichkeit  
**Schenke billige und gute Bücher**  
**VOLKSWACHT - BUCHHANDLUNGEN**  
Neue Graupenstr. 5 / Flurstr. 4

Berücksichtigt unsere Inserenten!



Breslauer Nachrichten

Montag Distriktsversammlungen

Montag, den 11. Januar, finden in der gesamten Parteiorganisation Groß-Breslau Distrikts-Generalsammlungen mit Wahlen statt.

Auf der Tagesordnung steht weiter ein Vortrag: „Rückblick über das Jahr 1931“ „Ausblick für das Jahr 1932“

Alle Genossinnen und Genossen sind verpflichtet, zu den Versammlungen zu erscheinen. Mitgliedsbücher mitbringen!

Opfer der Arbeit

Arbeitsmeister des Elektrizitätswerkes vom Starkstrom getötet

Im Untergewölbe 2 der Rüdtschen Elektrizitätswerke in der Kaspelstraße 76 ereignete sich gestern mittag gegen 13 Uhr ein schwerer Unfall, dessen Opfer der 46jährige Oberwerkmeister Magister wurde, der im gleichen Grundstück wohnt.

Weil der Gashahn nicht richtig geschlossen wurde

In der Wohnung seiner Stieftochter in der Hildebrandstraße wurde am Dienstagabend der seit mehreren Jahren lebende 66jährige Invalide Karl B. bewußtlos aufgefunden.

Glasdach vom Sturm abgehoben

Gestern, kurz vor 16 Uhr, wurde die Feuerwehr zur Hilfeleistung nach Ofener Straße 123 gerufen. Dort hatte der Dachstuhl von einem im hinteren Teile des Grundstücks gelegenen Haus das Glasdach abgehoben und über das Haus hinweg auf die Straße geworfen.

Lebensgefährliche Verletzungen

Gestern abend der Bäcker Weiß aus der Matthiasstraße, der mit seinem Fahrrad aus der Margaretenstraße kommend, über die Brücke nach dem Leisingplatz am Ohlauufer einbog, wurde von einem über die Freiheitsbrücke kommenden Personentransportwagen ungerissen.

Stall ausgeräumt

In der Julius-Schottländer-Straße wurde in der Nacht zu Dienstag ein Stall erbrochen, aus dem die Einwohner 16 Hühner im Werte von 80 Mark entwendeten, die an Ort und Stelle abgeschlachtet wurden.

Raffette mit 205 Mark gestohlen

In den Mittagsstunden eines der letzten Tage ist in das Haus eines Käsegroßhändlers in der Lauenstraße ein Einbruch erfolgt, wobei der Eindringling aus einer Schreibtischschublade eine Drahtraffette erbeutete, in der sich 205 Mark Barbefanden.

Eine entsprechende Beute machte auch ein unbemerkter Dieb, der am Fahrkartenschalter des Freiburger Bahnhofes eine Verkäuferin in dem Augenblick ein blaues Portemonnaie der Handtasche fingerte, als sie die Fahrkarte löste. Er fand in ihnen 175 Mark.

Hier fängt's an... beuge vor - gurgle trocken mit Wobrun

Beinahe ein Justizmord?

Wiederaufnahme-Verhandlungen gegen „Mocca-Louis“

Am 19. April 1929 wurde in Breslau in der Gerbergasse, in einem jener trostlosen Ghettosquartiere, in denen sich gemeinhin der Sexualhandel der bürgerlichen Welt abspielt, die Prostituierte E. Schulz von einem Besucher erstochen.

Das ist im wesentlichen der Tatbestand, der dazu führte, daß der ehemalige Wädergeheule Pohl kurz darauf von einem Kriminalbeamten auf Grund der Angaben der inzwischen in dem Mordzimmer angehaltenen Hausbewohnerinnen vor dem Hause festgenommen, dann in Untersuchung gezogen und schließlich vom Schwurgericht wegen Totschlags zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt wurde.

Allerdings, es bestand auch ein anderer Verdacht, ein Verdacht, der aber noch schwerer beweisbar erschien, nämlich gegen den mittlerweile wegen zweifachen Mordes abgeurteilten Paul Schieweck. Nach seiner Verurteilung gestand Schieweck bekanntlich eines Tages auch die Ermordung der Schulz ein, worauf Pohl auf Veranlassung des die Angelegenheit seinerzeit bearbeitenden

Staatsanwaltschaftsrates Goldschmidt sofort aus der Haft in Wohlau entlassen und zur Klärung ein Ermittlungsverfahren gegen Schieweck eingeleitet wurde. Dieser jedoch, ein offenbar psychopathisch schwer belasteter und sich nur sehr bedingt zur rechnerischen Mensch, widerrief sein Geständnis.

Es entstand also der immerhin nicht alltägliche Zustand, daß ein wegen Totschlag rechtskräftig verurteilter Mann frei herumliefe, die Strafvollzugsbehörde sichtlich nicht daran dachte, ihn wieder einzuziehen, andererseits demselben Mann die Wiederaufnahme des seinerzeitigen Prozesses verweigert wurde.

Der erste Verhandlungstag

des Wiederaufnahme-Verfahrens vor dem Schwurgericht unter Vorsitz des Landgerichtsdirektors Lemmer bot infolge dieser Vorgeschichte ein in Mordprozessen einigermaßen ungewöhnliches Bild. Der Angeklagte wurde nicht wie sonst vorgeführt, sondern aufgerufen und trat mit einer kurzen Verbeugung in den Saal.

Das Verhängnis des Angeklagten

der Spitzname „Mocca-Louis“

Das Verhängnis des Pohl ist in dieser Sache sein Spitzname „Mocca-Louis“. Pohl war nämlich zeitweise Kellermann für Halpaus' Mokka-Zigaretten wandelte als solcher, entsprechend der Idee eines Kellereigentümers, in einem mit Ängst und einem mit Ängst freien Hut, durch Breslauer Straßen und kam so zu dieser Nebenbezeichnung.

Die zweite Begegnung der beiden fand im Krankenhaus statt, in dem die Verletzte neben der Lebensgefährtin und wohl auch Beisteherin des gemeinsamen Lebensunterhaltes des Pohl lag. Pohl hatte sie, er drückt sich hierüber sehr diskret aus, wohl bei einem Streit recht „unjanft angefaßt“, so daß sie ein ziemliches Loch im Kopf hatte und sich vermutlich, als er sie besuchte, dementsprechend zu ihrer Kollegin geäußert haben mag.

Die dritte Begegnung war verhängnisvoll für Pohl. Er hatte mit seiner Lebensgefährtin allerhand Aufzug angefaßt, die Unterhüsung an einem Abend verbraucht, dann einmal in einem Bahnwärterhäuschen bei einem freundlichen Bahnbeamten einen Teil der Nacht vor dem Mordtag verbracht und schließlich, immer mit der H., in einem Busch bis nachmittags geschlafen.

Die Mordnacht

Kurz darauf hatte die L. einen Freier, ihren jetzigen Mann, gefunden, war dann in ihr Zimmer gegangen, hörte plötzlich die Schreie der verletzten Schulz, lief heraus und behauptet nunmehr, in dem Mann auf der Treppe unzweifelhaft den „Mocca-Louis“ erkannt zu haben. Sie ist mithin die Hauptbelastungszeugin. In der gestrigen Verhandlung behauptete sie überdies, der fliehende Mann sei auf der viertelsten Stufe gestolpert und habe sich umgedreht, so daß sie sein Gesicht erkennen konnte.

trempt dem Angeklagten resolut den Sweater-Kollragen in die Fassen, an die sie sich zu erinnern glaubt. Hat sie sich wirklich bewußt etwas Falches gesagt? Das ist kaum anzunehmen. Aber eine Bemerkung gibt — vielleicht — den Schlüssel zum Verständnis dieser formal unzweifelhaft belastenden Aussage. Sie berichtet nämlich von sich selbst, daß sie auf die Frage einer Frau L. sofort erwidert habe: „Kein anderer als der Mokka-Louis kann es gewesen sein.“

War es wirklich Pohl?

Dieser belastenden Aussage, die von zwei weiteren Hausbewohnerinnen, die P. mit der Schulz das Haus betreten gesehen haben wollen, steht aber die für einen in Affekt handelnden Verbrecher ungewöhnliche Tatsache gegenüber, daß P. bei dem Aufstuf vor dem Hause stehen blieb, ja sogar, als man untereinander seinen Spitznamen nannte, ruhig erwiderte: „Ja, das bin ich ja.“

Die Dauer des Prozesses ist noch nicht abzusehen, da noch sehr viele Zeugen und Sachverständige vernommen werden. Von ausschlaggebender Bedeutung wird dabei wahrscheinlich heute schon die Aussage Schiewecks und ihre Beurteilung sein. Schieweck wurde übrigens von der Zeugin Verch als mutmaßlicher Mann auf der Treppe mit Bestimmtheit abgelehnt, hauptsächlich weil er dunkel ist, während sie früher das blonde Haar des Pohl erkannt haben will.

Jedenfalls wird dieser Prozeß wie selten ein Verfahren in Breslauer Gerichtssälen zu der tiefen Problematik der Zeugen- ausagen und ihrer Bewertung im Strafprozeß beitragen.

2000 Leute sind beschäpft die Zigarette herzustellen, die in unsere Zeit paßt, also: groß - gut - billig CLUB 3 1/3







# Es war einmal . . .

## Die wunderbare Historie um das Saganer Glodengeläute

### Eine Stadt wird gepfändet

Zm Juli berichteten wir bereits von der seltsamen Tatsache, dass der Liegnitzer Regierungspräsident einen Pfändungsbeschluss über die Stadtgemeinde Sagan durchführte, weil die katholische Kirchengemeinde Ansprüche auf Ertrag des im Kriege auf dem Altar des Vaterlandes geopfertem Glodengeläutes gestellt und sich weigerte, die Glöden zu verkaufen. Da es sich um den nicht unerheblichen Betrag von 13 500 Mark handelte, war Sagan daraufhin in seiner jetzigen Zeitverhältnissen und Schwierigkeiten der kommunalen Finanzen entsprechenden Lage gezwungen, eine besondere Anleihe anzunehmen, um den Ausfall durch diese Pfändung auszugleichen.

### Verpflichtungen aus 1333

Die Stadt Sagan machte hierauf ihrerseits Ansprüche gegen die Kirche geltend, mit denen sie angesichts der unbestehlichen und unverrückbaren Sachlage preussischer Verwaltungsorgane jedoch nicht durchkam. Uns liegt nunmehr die Entscheidung des achten Senats des Preussischen Obergerichtswegs vor, in dieser Sache entschieden und eine detaillierte Darstellung mehr wie seltsamen Rechtslage gibt, aus der heraus Staatsbehörde und Verwaltungsgerichtsbarkeit in Zeiten zum Himmelreichender Not der öffentlichen Verwaltung die „bringende“ Verpflichtung einer Stadt, Glöden für eine Kirche neu zu beschaffen, herauszulesen vermöchten. Wie unseren Lesern vielleicht schon bekannt sein dürfte, bildet die Grundlage dieses Streites, welchem Herzog Premko im Jahre 1284 (zwölfhundertvierundvierzig) die Verlegung eines Augustiner Klosters nach Sagan wirkte, ein Vergleich zwischen Abt und Konvent des Augustinerklosters in Sagan, einerseits und den Bürgern von Sagan andererseits unter Beteiligung des Erzbischofs Jakob von Wrochow, der dem Abt den Namen „Trutwinischer Vergleich“ führt. Es ist damals ausgemacht worden, dass die Stadt für die in deutscher Sprache besetzte die Stadt — dass die Stadt für das Gute aufzukommen habe, andererseits aber einen Teil der Einkünfte der Kirche bekomme. Letzteres jedoch wird heute nicht mehr so genau genommen, bringt infolge der Abwicklung dieses Vergleichs am 1. Dezember 1333 (dreizehnhundertdreißig) immerhin veränderten Zeitverhältnissen nicht mehr viel ein, so dass die Stadt von 70 Reichspfennigen jährlich, die ihr auf Grund dieser Verpflichtungen der Kirche im Jahr noch zufließen.

### Die Kirchengemeinde schwingt den Klingelbeutel über die Stadt

Anders steht es hingegen um die angebliche Baupflicht der Stadt. Obwohl es durchaus fraglich ist, ob in dem sagenhaften Vergleich vor sechshundert Jahren die Stellung des gesamten Glöden oder nur einer Glocke gemeint war, ist das Obergericht der Ansicht, die Stadt muß bleiben. Sie habe nämlich diese Baupflicht 150 Jahre nachweisbar und ohne Widerspruch erfüllt und im Jahre 1790, also vor erst zweihundert Jahren, fünf Glocken gestellt, ja auch 1890 eine zerprungene Glocke neuert. Daß die Kirche bei der Ablieferung der Glocken im dem Alter des Vaterlandes voll entschädigt wurde und diese Entschädigung nach damaliger Übung in Helferrichter Kriegszeiten anlegte, was bekanntermaßen nicht gerade zur Wertminderung führte, rührt das Obergericht nicht an. Es bedarf es zwar „wünschenswert“, daß durch eine solche Entschädigung eine Erleichterung der Last eintrete, legt aber andererseits, daß im gleichen Maße mit der Entwertung die von „der Stadt“ Ausfluß ihrer Baupflicht zu gewährenden Erleichterung“ liegt, in verständliches Deutsch übersetzt, die Stadtgemeinde Sagan ihren Aufwertungswert für in Kriegszeiten angelegte Entschädigung sei. Ja, bezagtes unbestreitbar sachliches Gebot hat sogar für recht befunden, eine ausdrücklich zum Zweck Beschaffung eines neuen Geläutes eingeleitete Sammlung der Kirchengemeinde habe nichts mit der Baupflicht der Stadt zu tun, ihr Ergebnis — immerhin 3000 Mark — käme der Kirchengemeinde zugute, da ja nur bei Katholiken gesammelt werden sollte und sich hieraus wie „aus der Natur der Sache“ ergebe, es sich darum handelte, der Kirchengemeinde eine Zuwendung zu machen, „nicht etwa der Stadt die Erfüllung ihrer Baupflicht zu erleichtern“.

Das trotz unendlicher Zitate aus alten Entscheidungen des Obergerichtswegs auch rein juristisch nicht voll überzeugende Urteil stützt sich auf die Schlussfolgerung selbst. Grundregel der angeblich „Baupflicht“ (in diesem Falle die Stadt) zu zahlen, die Kirche aber braucht nur zu nehmen. Sie hat die Entschädigung in Kriegszeiten angelegt, damit dem Vaterlande nach ihrer Auffassung gebietet, sie sammelt 3000 Mark unter der Devise Glödenerneuerung, braucht sich diesen Betrag aber nicht anrechnen zu lassen, sondern fordert frisch und unter zu einer Zeit, da Millionen Menschen in Deutschland nicht genügend zu essen haben und die Kommunen zusammenbrechen, Glöden geläut.

### Staatsbehörde als kirchliches Vollzugsorgan

Entsprechend dieser Grundeinstellung des Obergerichtswegs scheint man auch an zuständiger Stelle im Liegnitzer Regierungspräsidium gehandelt zu haben. Das Urteil befindet nämlich auch über einen Streit Sagan-Regierungspräsident, da dieser im Jahre 1926 und 1929 im Beschlussewege als Aufsichtsbehörde die Erfüllungspflicht der Stadt auf Grund des famosen Trutwinischer Vergleichs vom 1. 12. 1333 zuerst ausspricht. Aber nicht nur, daß das Regierungspräsidium hier unter offenkundigen Verstoß gegen die Interessen der katholischen Kirche selbstherrlich ohne Rücksicht auf die Interessen der katholischen Kirche gehandelt und von dem gleichen Behörde eigentlich zu betreuenden Stadtgemeinde ein weiteres überordnete, liegt u. E. auch eine Verletzung des Art. 24 Abs. 2 des Grundgesetzes des Reiches vom 27. März 1931 vor, da der Regierungspräsident auf Grund dieser Anweisung mindestens die Pfändung — die übrigens ebenso wie die erwähnte Entscheidung im verwaltungsrechtlichen Verfahren im Reichsausschuß beschlossen worden war — ausführen konnte.

Mit anderen Worten, Staatsbehörde, Bezirksausfluß und Obergerichtsweg machen sich zum Hüter einer Kirchengemeinde, der das Glödenengeläute wichtiger erscheint wie die Versorgung der Not auf Erden und die Aufrechterhaltung entscheidender Funktionen einer Gemeinde. Wir wissen wohl, daß leider nicht durchgeführte Trennung von Staat und Kirche überlei ähnliche Monströsitäten als angebliche „Rechtsstände“ hinterließ, die heute die wunderlichsten Folgen haben. Er niemand hätte die zukünftigen Stellen im Liegnitzer Regierungspräsidium des Rechtsbruchs beschuldigen können, wenn es sich dort erspart hätte, solche Anweisungen an die Stadt zu erteilen, wenn man sich insbesondere stattdessen die Anweisungen aus dem 18. Jahrhundert und ein fagenhafter sechshundertjähriger Vertrag, dessen Urtext nicht einmal mit Sicherheit bekannt ist, tatsächlich zu derartig unzulässigen Verfügungen fähig, die dem gefandenen Rechtsweg im Reichsausschuß auf dem Altar des Vaterlandes opfern? Die

Kirchengemeinde Sagan aber opfert nicht; sie läßt nur opfern, verlangt von ihren Schäflein Kollektionspenden und steckt sie in den Kirchenbeutel. Die Stadtgemeinde aber soll womöglich ihre Wohlfahrtsleistungen einschränken, um das Geläute herzustellen. Es scheint daher wohl dringender erforderlich, daß durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen derartige Verdröhnungen sonst allgemein anerkannter Rechtsbegriffe unmöglich gemacht werden.

### SWP. für Einheitsfront

#### Warum dann die Spaltung?

Aus Waldenburg wird uns berichtet: Am Mittwoch fand im Edelsteinhaale in Waldenburg eine von der SWP. veranstaltete öffentliche Versammlung — die erste Veranstaltung im Revier — statt, in der Seydewitz das Referat übernommen hatte. Als Versammlungsleiter war Ernst Eßlein zur Stelle. Schon die einleitenden Ausführungen des Referenten brachten eine Ueberraschung für die Waldenburger. Bisher wußten wir, daß die Spaltung deshalb den Ausschluß aus der SWP. provoziert hatten, weil sie nach ihrer Meinung innerhalb der Partei keine Meinungsfreiheit hatten. Seydewitz aber verkündete bei uns, daß es die alleinige Aufgabe der SWP. sei, den Gedanken der Einheitsfront unter der Arbeiterschaft zu verbreiten. Da die Versammlungsbesucher der Meinung waren, daß es deshalb nicht zur Spaltung zu kommen brauche, war die Wirkung der Rede Seydewitz von vornherein vernichtet.

In der Diskussion sprachen Genosse Wendemuth, Waldenburg und ein kommunistischer Redner, je dreiviertel Stunden. Während der kommunistische Redner die üblichen Redensarten von sich gab, klagte Genosse Wendemuth temperamentvoll die Führer der SWP. der Spaltung an und stellte fest, daß Seydewitz und seine Leute die Schuld in dieser schicksalsschweren Stunde, das Proletariat abermals gespalten zu haben, nicht von sich abwägen können. In seinem Schlusswort hielt sich Seydewitz sehr wenig an die Ausführungen der Diskussionsredner, sondern erging sich in wüßigen, tollenden Geschwätz. Während Seydewitz in seinem Vortrage behauptet hatte, es komme ihnen nicht auf Mitgliedschaft an, sondern mehr auf die Ausbreitung des Einigungsgebändens des Proletariats, forderte Eßlein die Versammlung auf, in die SWP. einzutreten. Aber auch nicht ein einziger der Versammlungsbesucher kam der Aufforderung nach. Der verstaubte Einbruch der SWP. in die Hochburg der Sozialdemokratie im nieder-schlesischen Revier ist völlig mißlungen.

### Rettungswerk behindert

#### Schwere Bergungsarbeit auf Carsten-Zentrum



Die Rettungsmannschaft der Carsten-Zentrumsgarbe mußte am Donnerstagabend wegen einer neuen Gebirgsbewegung zurückgezogen werden. Wenn sich keine neuen Hindernisse in den Regellen, werden die Mannschaften heute Abend an die Stelle vorgebracht sein, wo vor genau drei Tagen der zuerst lebend geborgene Bergmann aufgefunden wurde.

### Wortverdacht

Unter dem dringenden Verdacht, den bestialischen Mordmord in Friedrichsgrätz, Kreis Oppeln, an der dreizehnjährigen Emma Kewczerska begangen zu haben, ist der Bäckerlehrling Surtick aus Münchhausen festgenommen worden. Er befindet sich zur Zeit in Polizeihast in Krakow bei Malapane.

**Landeshut.** Dem Tode des Ertrinkens entgangen. Der zwölfjährige Sohn des Berginvaliden Kircke fuhr mit Schlittschuhen über einen Stog des Leisbaches in Wittgendorf. Unglücklicherweise stürzte er auf dem Stog, fiel in den stark angeschwollenen Leisbach und wurde von dem Wasser mit fortgerissen. Vorübergehende Erwachsene, die den Vorfall bemerkt hatten, eilten dem Knaben zu Hilfe und konnten ihn mit Hilfe einer Stange ans Land ziehen.

**Waldenburg.** Raubüberfall. In den Nachtstunden wurde in der Altstadt der städtische Polizeibeamte A von zwei jungen Burden überfallen und durch einen scharfen Gegenstand schwer im Gesicht verletzt. Trotz heftiger Gegenwehr riß einer der Burden dem Ueberfallenen einen Ring vom kleinen Finger der linken Hand.

**Waldenburg.** Vom Schlachtfeld der Arbeit. Auf dem Bahnhof wurde der in Falkenberg kantonierte 56jährige Zugführer Lindner mit zerquetschtem Schädel neben einem Ranglerleis aufgefunden. Er wurde offenbar zerquetscht, als er eine Lücke zwischen zwei Wagen passieren wollte, um zu seinem Zug zu gelangen. Eine Witwe und acht Kinder trauern um den Betrübten.

**Kochwitz (Polnisch-Schlesien).** Sprengapparat-Explosion. Ein Arbeiter Wrobel machte sich hier in seiner Wohnung unvorsichtigerweise mit Sprengapparat zu schaffen. Eine der Kapellen loderte jedoch, riß ihm die rechte Hand ab und verletzete durch die Explosion die ganze Hausbewohnerschaft in Schwaden.

## Aus der Umgebung

### Nazi-Strawale in Rant

Am Mittwoch wurde Rant durch flegelhaftes Verhalten der Verführer des Dritten Reiches in hellen Aufruhr versetzt. Eine wilde Horde von etwa zweihundert Nazis unter Führung des bekannten Herrn Claah verfuhrte eine Versammlung des Kleinbauernbundes zu sprengen. Als dieser Versuch dank der Besonnenheit der Versammlungsbesucher scheiterte, legten die Erneuerer Deutschlands, ein buntes Gemisch von verzerrten Profeten und „hungernden“ Großagariern, ihr wildes Geschrei auf der Straße fort. Lange vor Beginn der zeitigen Versammlung lagen sich auf offener Straße die bekannten Nazi-Hauptlinge Philipp und Jechner in den Haaren, wobei sie sich die schmeichelhaftesten Titel wie Lump, Strolch und Arbeiterverräter an den Kopf warfen. Die Heftigkeit anwesender Sozialdemokraten veranlaßte die beiden Kampfahne jedoch schließlich zur vorläufigen Einstellung der Feindseligkeiten.

### Keine Umschuldung für Steuerlabotage

Wie wir dem Neumarkter Kreisblatt entnehmen, hat die Landstelle Breslau das bereits beschlossene Einigungsverfahren des Landwirts Wiesner-Spüllendorf wegen Beteiligung an der Verhinderung einer Steuerpfändung über die wir unter der Ueberschrift „Planmäßige Steuerlabotage im Kreise Neumarkt“ vor Tagen berichteten, wieder aufgehoben. Außerdem hat die Landstelle auch das bereits eingeleitete Umschuldungsverfahren des Wiesner eingestellt und der Landrat gegen den mitbeteiligten Gemeindefürsien Kosmaly das Disziplinarverfahren mit dem Ziel der Amtsenthebung unter gleichzeitiger vorläufiger Suspension eingeleitet.

**Reipe-Petersdorf.** Die Gemeindevertreterversammlung am Montag nahm von Anbeginn an einen kümmerlichen Verlauf. Zur Verhandlung standen die Rechnungslegung über das verflossene Dreiviertel-Steuersjahr und Wohlfahrtsangelegenheiten. Hierzu wurde von der SPD-Fraktion ein Antrag eingebracht, aber der Gemeindevorsteher dachte nicht im geringsten daran, dem Antrag Rechnung zu tragen. Mit diesem Resultat erklärte sich die SPD-Fraktion nicht einverstanden, zumal der Vorsteher uns noch mit einem Nachtragsetat drohte. Die Vertreter der SPD erklärten daraufhin, solange den Gemeindevertreterversammlungen fernzubleiben, bis dieser Punkt geklärt sei.

**Olkshin.** Frauenabend der Partei. Am 5. Januar fand hier unser Frauenabend statt, der Stimmungsvoll mit dem Lied „Brüder zur Sonne, zur Freiheit“ eröffnet wurde. Als Referentin war Genossin Bohnig-Kattner erschienen, die ein Bild von „Wahlrecht“ unter wilhelminischen Zeiten entwarf und ihm das Recht der Frau in der Republik gegenüberstellte. Alle Ausführungen wurden mit lebhaftem Beifall aufgenommen. Im Anschluß daran blieben wir noch längere Zeit gemütlich beisammen, sangen einige Lieder und die Frauenleiterin, Genossin Schwarz, trug noch verschiedenes in schlesischer Mundart vor. Nach vorgerückter Stunde wurde die gut und harmonisch verlaufene Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Partei geschlossen.

**Protz-Weide.** Winterhilfe. Zugunsten der Notleidenden trat hier der Fürsorgeausfluß an die Gewerbetreibenden heran. Es gelang ihm mit deren tatkräftiger Mitwirkung unter Beteiligung der Gemeinde den Wohlfahrtsempfängern, Sozial- und Rentnern eine Weihnachts-einbeziehung zu veranstalten. Dabei kamen rote Kaktusarten, und zwar nach der Kopfhaut, zur Verteilung, wie Fleisch, Wehl, und von den Kaufleuten Kaffee, Zucker, Fett, Margarine und Graupen. Der Hunger konnte also wenigstens für die Feiertage von den Ärmsten der Armen ferngehalten werden.

## Arbeiter-Sport

### Wassersport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Abteilung Ost. Sonnabend, den 9. Januar, 20 Uhr, Abteilungs-Generalsammlung. Revieren bereits um 18 Uhr, alle anderen Funktionäre um 19 Uhr im Gewerkschaftshaus.

### Konzerte / Theater / Bergnügungen

**Schlesische Philharmonie.** Bronislaw Huberman, der Solist des am kommenden Montag stattfindenden 6. Abonnements-Konzertes, über dessen letzte beispiellose Konzert-Tournee im In- und Ausland vorliegende Pressestimmen berichten, wird das Violinlangens von Beethoven zum Vortrag bringen. Unter Leitung von Prof. Dr. Eduard Dohna gelangen ferner folgende Werke zur Aufführung: Sinfonie Nr. 3 in F-dur von Brahms und Konzert für Fische, Klarinette, Fagott, Trompete, Posaune und Schlagwerk von J. Weismann.

**„Lila“** mit Eulie Köpfer-Schauer in der Titelrolle gesehen. Auffällige Leitung: Carl Schmidt-Rohden. Sonnabend, Anfang 20 Uhr, „Baccaro“, Suppe, komische Oper, die bei allen Aufführungen einen begeisterten Erfolg erzielt, (bei den für Nachmittagsvorstellungen vorgesehenen ermäßigten Preisen). Die „Jugend“: „Henna“, 20 Uhr, der internationale Opernserieller „Die Blume von Hawaii“, Sonntag, 20 Uhr, 3. Teil, Operette „Der Kogelbinder“ in der erfolgreichen Neuinszenierung von Otto Brandt, unter musikalischer Leitung von Hermann Weiser. Dienstag, Anfang 20 Uhr, Abonnementsvorstellung E. S. Manon Lescaut.

**Rebelle.** Heute, Freitag, Anfang 20.15 Uhr, findet die letzte Aufführung des großen Lustspielvolles „Rebelle“ von Ladislaus Fodor in der Inszenierung von Martin Wagner statt. Sonnabend, 20.15 Uhr, gelangt Hugo von Hofmannsthal's „Der Schmeißer“ in der Inszenierung von Paul Barnay zur Aufführung. Die beiden letzten Vorstellungen des „Lichtes“, „Der Simmelschiffel“, von Anna Behr-Kuhn, Musik Carl Salomon, finden Sonntag, den 10. und Sonntag, den 17. Januar, statt. (Märchenpreise!)

**Theater.** Der städtische Theatererfolg „Frauen haben das gern...“, Schwank-Operette von Renald und Bach, Musik von Walter Kollo, bleibt wegen des anhaltenden Interesses bis auf weiteres auf dem Spielplan. Vorstellungen täglich 20.15 Uhr. Die beiden letzten Aufführungen des Kinderstücks „Rudolf's Abenteuer“ von Paul Rothmann, Musik von Heinrich Karst, sind für Sonntag, den 10. und Sonntag, den 17. Januar angelegt. (Märchenpreise!)

**Wesseler Volkstheater.** Zu dem Gastspiel des Juni-Operettentheaters mit der Operette „Frühling im Wienerwald“ im Schauspielhaus haben die Mitglieder der Volkstheater in der Geschäftsstelle, Schwanenburger Straße 8a, Gullische zur Verfügung, auf die hin sie an der Kasse des Theaters eine Prozentanteilige Ermäßigung auf Plätze im Orchester, Parterre, 1. und 2. Rang erhalten.

**Zirkus Wally.** Nur noch kurze Zeit haben Sie Gelegenheit, das sensationelle Programm der 20 Attraktionen zu sehen und zu hören. Jedem ist es möglich, den Zirkus zu besuchen, denn schon ab 50 Pf. erhalten Sie einen guten Stuhl. Täglich finden 2 Vorstellungen, 18.15 und 20.15 Uhr, statt.

**Die „Kaiser-Garde“** im Wesseler-Theater ist im Programm der atombelastigen Höchstleistung und abends eine in der ganzen Welt einzigartig erzielbare tuerische Kompositionsarbeit am Klavier und bewahrt eine glückliche Vereinigung von Kraft, Kunst, Komik sowie Schönheit, Reizhaftigkeit und Originalität. Am Sonntag werden 2 Vorstellungen, 18.15 und 20.15 Uhr, stattfinden; nachmittags ungekürzt zu ermäßigten Preisen.

**Schauspielhaus.** Im Schauspielhaus gelangt täglich die lustige, mit echt wesseler Stimmung gefüllte Theater-Operette „Frühling im Wienerwald“ zur Aufführung.

### Geschäftliches

**Geschäftsjubiläum.** Am 11. Januar kann die Firma Kaufhaus Berlin 11 Revier, Breslau, Bohrauer Straße 17, auf ihr 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Aus kleinen Anfängen heraus hat sich die Firma zu einem der führenden und modernsten Großhandelsbetriebe Breslaus entwickelt. Der Jahresfest werden die neuen größeren Geschäftsräume im eigenen Grundst. Bohrauer Straße 17, die Angestellten, bezeugen.





**Sammeln - Auslegen**

**Verband der Deutschen Buchdrucker**  
Am 6. Januar verchied unser Kollege, der Setzer  
**Fritz Rettig**  
(Schatzky)  
im Alter von 53 Jahren.  
Beerdigung Sonnabend, 9. Januar, 19<sup>h</sup> Uhr, auf dem Oswitzer Friedhof (Tor 6.)  
Am 7. Januar verchied der Faktor-Invalide  
**Richard Freihube**  
(Schlesische Volkszeitung)  
im Alter von 48 Jahren.  
Beerdigung Montag, 11. Januar, 14 Uhr, auf dem St. Bernhardin-Friedhof in Dürrgoy.  
Wir werden das Andenken der Verstorbenen, die durch Jahrzehnte der Organisation die Treue bewahrt haben, jederzeit in Ehren halten.  
**Die Mitglieder des Ortsvereins Breslau**

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**  
Am 6. Januar verstarb unser Freund und Verbandskollege, der Tischler  
**Paul Gottschlich**  
im Alter von 64 Jahren.  
Ein ehrendes Andenken bewahren ihm  
**Die Mitglieder der Vorwahlenstelle Breslau.**  
Beerdigung: Sonnabend, 9. Januar, 2<sup>h</sup> Uhr, von der Leichenhalle St. Josef nach dem Laurentiusfriedhof.

**Öffentliche Aufforderung**  
zur Abgabe einer Steuererklärung für die Gewerbesteuer nach dem Gewerbelapital für 1931.  
I. Eine Steuererklärung ist abzugeben für alle gewerbesteuerpflichtigen Unternehmen, deren Leitung sich hier befindet.  
1. wenn ihr Gewerbelapital am 1. 1. 1931 oder an dem in das Kalenderjahr 1930 fallenden letzten Abschlussstag — bei Neugründungen nach dem 1. 1. 1931, am Tage der Gründung den Betrag von 3000 Mark überstiegen hat;  
2. wenn vom Vorsitzenden des Gewerbesteuer-Ausschusses eine Steuererklärung besonders verlangt wird.  
Die Steuererklärung ist von dem Inhaber des Betriebes abzugeben.  
II. Die hiernach zur Abgabe der Steuererklärung Verpflichteten werden aufgefordert, die Steuererklärung unter Benutzung des für sie vorgeschriebenen Vordrucks Muster Gew. 37 sowie Unternehmen mit Betriebsstätten in verletzlichen preussischen Gemeinden einschließlich Muster Gew. 38 in der Zeit vom 18. bis zum 30. Januar 1932 bei dem Vorsitzenden des Gewerbesteuer-Ausschusses für den Stadtkreis Breslau einzureichen. Denjenigen Steuerpflichtigen, denen bis zum 17. 1. 32 Vordrucke für die Steuererklärung nicht zugegangen sind, werden auf Verlangen Vordrucke vom 18. Januar ab im Magistratsbüro V, Königsplatz 2, I. Stoa, am Schalter während der Dienststunden von 8 bis 13 Uhr abgegeben. Die Steuererklärung ist schriftlich — zweifach eingetrieben — einzureichen.  
Die Pflicht zur Abgabe der Steuererklärung ist vom Empfang eines Vordruckes zur Steuererklärung nicht abhängig.  
III. Wer die Frist zur Abgabe der ihm obliegenden Steuererklärung verlässt, kann mit Geldstrafe zur Abgabe der Steuererklärung angehalten werden; auch kann ihm ein Zuschlag bis zu 10 v. H. des jetzigen Steuergrundbetrages auferlegt werden.  
IV. Die Hinterziehung oder der Versuch einer Hinterziehung der Gewerbesteuer nach dem Gewerbelapital wird bestraft. Auch ein jahrelängiges Vergehen gegen die Steuergehalte (Steuergefährdung) wird bestraft.  
Breslau, den 5. Januar 1932.  
Der Vorsitzende des Gewerbesteuer-Ausschusses für den Stadtkreis Breslau.

**Steuererklärungen**  
Blätter, Bücher, Rechnungen, Ordern, rückständiger Bücher, Einrichtungs- u. Führung von Geschäftsbüchern, Buchführungs-Rechnen, Buchführungs- und Steuerberatung, Erklärung sämtlicher Steuerangelegenheiten  
übernimmt einzeln und im Abonnement zu niedrigsten Gebühren  
**Revision**  
Buchführungs-, Steuerprüfungs- und Treuhand-Geschäfte in h. H.  
Breslau 5, Zanderstraße 11 — Tel. 23144.

**Die besten Lebensmitteln**  
billig und haltbar, sowie alle anderen  
**Essigbedarfsmittel**  
kauft man nur in der Segensquelle aller  
Breslauer, bei  
**Walter Steiner**  
Bismarck 21

**Grad** Mohaupt  
nur  
Bismarck-  
platz 20, I.  
Ede Ring, früher Karlstr. 1.  
**Leihweise**  
Smoking u. Gehrockanzüge  
Klapphüte • Tel. 67082

**Feste Backwaren**  
aller Art  
zu billigen  
Preisen  
**Max Münzer**  
Sonnenstraße 34.

**Deckbetten** 5 Stüdt  
15.—, 20.—, 25.— u. 35.— 30 Pf.  
Rißen 5.—, 6.— u. 7.50 20 Pf.  
**Leihhaus Delsnerstr. 121.**

**Ein Irrtum**  
ist es, wenn Sie annehmen,  
**die kleine Anzeige**  
habe nur in d. bürgerlicher  
oder sogenannten General-  
Anzeiger-Pressen Erfolg  
**257 Offerten**  
gingen im April 1931 auf  
eine kleine Anzeige.

**Parteilreunde**  
kaufen Bahnhöfen,  
verlangt in Hotels,  
Restaurants, Cafés,  
stets die  
**Volksmacht**

**Druckerei Volksmacht**  
Roberte, zweifache und schwere  
Ausführung aller Druckarten  
preiswert und bei kürzester Lieferzeit  
**Breslau 2, Flurstraße 4/6.**

**WELTBÜHNE**  
Friedrich-Wilhelm-Str. 35  
WB. - Beginn: W. 8 Uhr  
S. 3. letzte Vorst. 8<sup>h</sup> Uhr  
**Einen Orkan  
von Heiterkeit**  
löst täglich aus  
die lustigsten aller  
Militär-Humoren.  
**Die Mutter  
der  
Kompanie**  
Ein zweifacher Scherz  
Manöver-Schwank

Mit großer  
Orchesterbegleitung  
**Nach Sibirien**  
Ein Sozialstreifen  
Auf der Bühne:  
**Die Truppe Jogiwar**

**ASTORIA-PALAST**  
Fürstenstraße 32  
Das modernste  
Lichtspielhaus des Nordens  
**Etwas Neues  
in seiner Art!**  
Das schamante einzig-  
artige Tonlustspiel  
**Liebe  
auf Befehl!**  
Eine reizende lustige Satire  
„Rund um die Erotik“  
mit  
Johannes Riemann  
Hans Junkermann  
Olga Tschekowa

**Nacht-  
redaktion**  
Ein schmissiger  
Sensationsfilm  
Auf der Bühne:  
**The Harringtons**

# Augen auf! Prager an der Spitze

So etwas von Preisen ist noch nicht dagewesen und noch dazu solch gute Qualitäten

**Paletot**  
mit und ohne Samtkragen  
29<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 14<sup>75</sup>

**Joppen**  
16<sup>50</sup> 12<sup>50</sup> 8<sup>50</sup>

**Ulster** höchste Leistung  
29<sup>50</sup> 19<sup>50</sup> 11<sup>95</sup>

**Anzüge**  
29<sup>50</sup> 22<sup>50</sup> 16<sup>95</sup>

**Hosen**  
7<sup>50</sup> 4<sup>95</sup> 2<sup>95</sup>

**Leder-  
jacken** 29<sup>50</sup>

Lodenmäntel, Skianzüge, Wochenendwesten  
Windjacken, Knickerbocker, Riesenauswahl  
und enorm billig!

Jeder Käufer erhält einen Notrabatt von 10 Prozent in bar!

**Das ist der Tiefstand der Preise!**  
Kommen Sie und überzeugen Sie sich!



# L. Prager

Albrechtstraße 51, Ecke Schuhbrücke  
Herren- u. Knabenbekleidungshaus  
Zahlungserleichterung durch die Kunden-Kredit GmbH, Gartenstraße

In der  
**Konfektions-Etage**  
durch große  
**Herabsetzung**  
die **neuesten** und  
**niedrigsten Preise**

Foto: **MESSOW**  
für Pässe,  
Personen-  
ausweise  
usw.

ihre  
Bild  
für  
**10**  
3 Bild 25 Pf.

**WALDSCHMIDT**  
G.m.b.H.

**Billiger Quartalsverkauf**  
**Böhmische Bettfedern!**  
Beste Landwäre, prima Daunen und Halddaunen,  
auch schöne, ungeschlossene Federn Pfd. 3.50 RM  
bringe ich wieder in großer Auswahl. Nur 9 Tage:  
**Von Donnerstag, den 7. Januar  
bis Sonnabend, den 15. Januar**  
Ferner empfehle pa. federdicke Inletts besonders billig

**Fl. Köhlers Nachf.**  
Verkaufsort: **Ring Nr. 3** im Hof d. Nikolaistraße

**Billiger Fleisch- und Wurstverkauf!**  
Schweinefleisch m. B. Pfd. 0.85-0.65  
Schweinefleisch Pfd. 0.75  
Kalbfleisch Pfd. 0.70 an  
Schmorfl. o. Kn. Pfd. v. 0.70 an  
Pflanzfleisch Pfd. v. 0.75 an  
Frisch. Schweinekopf Pfd. 0.40  
Frisch. Speck Pfd. 0.65  
Gulasch und Gehacktes Pfd. 0.50  
Zerelatw. 1/2 Pfd. 0.20  
Frühstücker Pfd. 0.25  
Mortadella u. Kochsalz 1/2 Pfd. 0.20  
Frischwurst Pfd. 0.40  
Bratenschwärzer und Klobbasse Pfd. 0.60  
Knochenw. Pfd. 0.40  
Sardellen Pfd. v. 0.80 an

Schnitzel Pfd. 1.00  
Rouladen Pfd. 0.80  
Suppenl. Pfd. v. 0.50 an  
Gutheh. Elsbette Pfd. 0.60  
Lungenfett Pfd. 0.55  
Räucherpeck Pfd. 0.85  
Pfd. 0.50  
Leberwurst Pfd. 0.40-1.20  
Pfd. 0.60  
Schlesische Pfd. 0.60-0.80  
Pfd. v. 0.80 an

**Adolf Weiss** Moltkestr. 13  
Fernruf 45659

Die „Frauenwelt“ den Frauen  
zum Lesen, Denken und Schauen:  
**„Frauenwelt“**  
eine Halbmonatsschrift für die Frau  
des schaffenden Volkes. Preis 35 Pf.  
Zu bestellen bei all. Zeitungsträgern

**Wohnungsausschuss**  
Biete: 2 Zimmer, Küche,  
Entree (Wohnung 45 M.  
Suche: heimliche Wö-  
nung, Gehörig bewoh-  
nen unter B. 20 an  
„Volksmacht“, Flurstraße

**Zeitung**  
Küche und G.  
Beretig. Gegend Ober-  
Offerten unter B. 21 an  
„Volksmacht“, Flurstraße

*Wann immer ein ein*

**Das die Zeitungs-Anzeige das beste  
Werbemittel ist und durch keine andere  
Kellenauf ersetzt werden kann!**



## Die Dessauer Hochflut

Für Dessau kann die Gefahr einer Hochwasserkatastrophe als gebannt gelten. Menschen und Material wurden an gefährdeten Stellen so zeitig eingekleidet, daß es möglich war, dort beanspruchten Dämme zu halten und alle Schäden sofort zu beseitigen. Nur ein ganz kleiner Teil der Dessauer Wohnstadt wurde überschwemmt. Allerdings ist jetzt noch das Ansehen der Elbflut zu erwarten; man hofft aber auch dieser Gefahr fertig zu werden.

Die Gegend des unteren Muldetals von der anhaltischen Grenze bis zur Mündung der Mulde in die Elbe bildet einer Länge von 25 Kilometer und einer Breite bis zu 100 Meter eine einzige große See. Dörfer und Städte ragen inselartig aus der Flut. Vor allem ist die Stadt Dessau mit ihren 7000 Einwohnern völlig von der Umwelt abgeschnitten. Die Wohnungen selbst sind auch in der Umgegend von Hochwasser verschont geblieben. Auch besteht keine unmittelbare Gefahr, daß Häuser einstürzen. Der Flutwalschaden ist jedoch außerordentlich groß und in seinen höchsten vorläufig noch nicht abschätzbar.

Auch im Spreewald sind durch das Hochwasser der Spree Strecken unter Wasser gesetzt worden. Tag und Nacht ist Feuerwehr bemüht, die Gefahr zu mindern. Mit einem Ansteigen der Flut muß indessen gerechnet werden.

Bei den Stürmen, die am Donnerstagnachmittag über Deutschland zogen, wurden insbesondere die Küstengebiete heimlich. In Hamburg erreichte der Sturm 23 Sekunden (Windstärke 10 bis 11); viele Schiffe haben ihre Anker verloren; in der Hafengegend wurden zahlreiche Keller Wasser überschwemmt. In Nordsee wurden durch Sturmflut die Strandanlagen überschwemmt zum Teil zerstört. Weite Landstrecken besonders auch im wolgastischen Küstengebiet, wurden überspült. An verschiedenen Stellen sind die Dämme gebrochen. Das Dorf El an der Eidermündung ist von den Fluten vollkommen

eingeschlossen. Da die Vorkriegszeit geübt ist, gestalten sich die Bergungsarbeiten sehr schwierig.

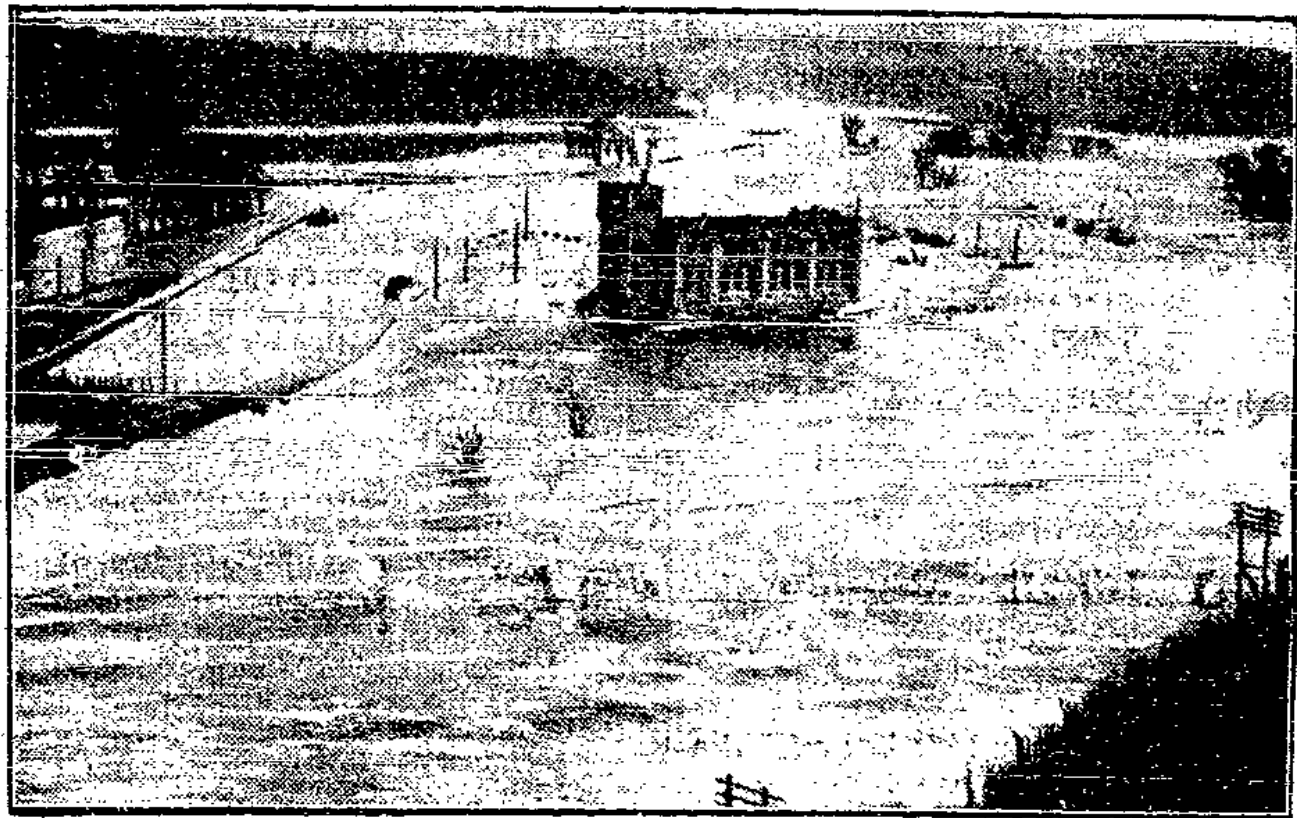
Die endlosen Regengüsse der letzten Tage haben die großen Weiden in Oldenburg und Ostfriesland weit- hin überflutet. Der Westwind läßt einen normalen Abfluß des Wassers durch die Entwässerungskanäle nicht zu. Die Folge davon war, daß am Donnerstag in der Nähe des Pumpwerkes bei dem Dorfe Holtgast an der Bahnstrecke Oldenburg-Leer der Deich brach. Der Dammbau erweiterte sich trotz sofort einsetzender Hilfsmaßnahmen im Laufe des Tages auf 20 Meter. Das Pumpwerk wurde unterpflückt und stürzte, obwohl es sich um ein massives Gebäude handelt, unter dem Druck der Wassermassen ein. Das Gebäude brach in der Mitte auseinander, obwohl die Fundamente 7½ Meter tief in die Erde hinab reichten. Damit ist das stärkste Wasserdruckwerk der Gegend vernichtet. Der Schaden ist noch gar nicht abzusehen. Auf Monate hinaus wird die Ortschaft Auguste in einer Wasserwüste stehen.

Der Weststurm und die Niederschläge haben in der Eider-Niederung zu ungeheuren Ueberschwemmungen geführt. Beim Ort Küssel sind die Deiche gebrochen. Küssel ist vom Wasser vollkommen eingeschlossen.

In Hamburg verzeichnet das Hochwasser einen Stand von 1,25 Meter über normal. Im Hafen sind einige Kohlen-schuten gesunken. Man rechnet jetzt mit einem Abflauen des Sturmes.

In Westholland hat der Südweststurm große Ver-wüstungen angerichtet. In den Häfen von Amsterdam und Rotterdam wurden zahlreiche Schiffe von den Ankern losgerissen. In Amsterdam entwarzelte der Sturm Bäume und deckte verschiedene Dächer ab. Die Feuerwehre mußte mehr als hundertmal zur Beseitigung von Sturmschäden ausrücken.

## Hochwasser im Ruhrgebiet



die Ruhr ist, wie zahlreiche andere deutsche Flüsse, infolge Schneeschmelze und der Regengüsse der letzten Tage über die getreten und hat weite Teile des Landes überschwemmt.

Unsere Aufnahme ist von einem Flugzeug aus gemacht und zeigt das Gebiet um das Städtchen Wasserwert an der Kasten-Brücke in Bochum-Stiepel.

## Riesenfeuer am Neckar

100 Feuerwehrleute rauchvergiftet

In Hochmöffingen bei Oberndorf am Neckar überfiel ein Feuer sieben Bauernhöfe ein. Die Feuerwehren der Umgegend mit etwa 350 Mann mußten bis in den Abend um das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Durch ungeschickte Rauchentwicklung erlitten etwa hundert Feuerwehrleute Rauchvergiftungen. Sie mußten in Krankenhäuser eingeliefert werden. Der Schaden beläuft sich auf mehrere 100 000 Mark.

## Beschlagnahme Golddevisen

Schwer bestrafte Hamsterei

Vor dem Münchener Schneerichter hatte sich wegen eines Schadens gegen das Devisengeschäft gestern eine Meßger-Verurteilung zu verantworten, bei der gelegentlich einer Zahlung 1500 amerikanische Dollar in Gold und englische Pfund in Gold gefunden und beschlagnahmt waren. Die Angeklagte wurde zu zweitausend Mark Strafe verurteilt. Die beschlagnahmten Devisen wurden dem Staat eingezogen.

## Verurteilungen zum Nachteil der Reichsbahn

In Berliner Gerichten von Verurteilungen zum Nachteil der Reichsbahn wird von unterrichteter Seite mitgeteilt: Ein Teil der bei der Reichsbahn anfallenden Abfälle aus Metallen wird auf verschiedenen Metallhöfen auf neue Weise und Verarbeitungen umgearbeitet. Der Metallgehalt der Abfälle wird durch Probenehmer und Chemiker festgestellt. Es wird von der Handelskammer bestellt und vereidigte Probennehmer zugewiesen, die im Wechsel tätig sind. Von einem dieser Probennehmer ist Anzeige über Unregelmäßigkeiten gemacht worden, die bei Probenentnahmen durch andere Probennehmer unter Mitwirkung von Werksangehörigen vorgenommen wurden. Die auf die Anzeige hin eingeleitete Untersuchung ist nicht abgeschlossen.

## Matuszka-Bernehmung in Potsdam?

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht Potsdam wird in nächsten Tagen über das Auswärtige Amt die österreichischen Behörden ersuchen lassen, Matuszka für kurze Zeit nach Wien nach Potsdam zu überführen. Wahrscheinlich wird Matuszka für das Jüterbog-Attentat über das Potsdam die Voruntersuchung durchgeführt wurde, in Potsdam mit abgeurteilt werden. Die formelle Vernehmung in Potsdam ist notwendig, damit die Voruntersuchung dieses Attentats abgeschlossen und das Aktenmaterial hierher nach Ungarn übermittelt werden kann.

## Prozess der sieben Frankfurter

Im Frankfurter Fava-Prozess wurde am Donnerstag Richard Kahn-Berlin, der Leiter des Kahn-Konzerns, als Zeuge zu einigen Kreditgeschäften der Fava-Direktoren Beder und Kirschbaum vernommen.

Der Kahn-Konzern war im Jahre 1926 vorübergehend mit 11 Millionen verschuldet. Um den Konzern wieder flottzumachen, hat Direktor Sobornheim von der Commerz- und Privatbank für Kahn das Risiko bei dem Geschäft der sogenannten „Aga-

Bei rheumatischen Leiden, bei Schmerzen in den Gelenken und Gliedern sowie bei Kopfschmerzen haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Absolut unschädlich! Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. 126 Lith., 0,46 Chin., 74,3 Acid. acet. salic.

Verwertung“ — Aga war die Autofabrik des Stinnes-Konzerns — übernommen, da die Commerzbank selbst das Risiko nicht eingehen wollte. Die Fava übernahm bei diesem Geschäft eine Bürgschaft, während zwei ihrer Direktoren, die Angeklagten Beder und Kirschbaum, persönlich am Geschäft beteiligt waren. Der Zeuge Kahn gab an, daß die Beteiligung der Fava-Direktoren nicht von der Hergabe der Fava-Bürgschaft abhängig gewesen sei. Ähnlich lagen die Dinge bei einer Transaktion mit der Rheinmetall-Werke. Auch hier waren die Vorstandsmitglieder der Fava privatim beteiligt, während ihre Gesellschaft hohe Garantien leistete.

In der Nachmittags-Sitzung wurde der bereits vor einigen Wochen vernommene Direktor Sobornheim der Commerz- und Privatbank Berlin als Zeuge aufgerufen. Auf Wunsch des Staatsanwalts wird Sobornheim zunächst unvereidigt vernommen, da auch er als Aufsichtsratsmitglied der Fava den Kredit dieser Gesellschaft für seine Privatgeschäfte in Anspruch genommen hat. Am Schluß der Verhandlung wurde jedoch der Vereidigung des Zeugen Sobornheim von keiner Seite widersprochen. Sobornheim verneinte, daß bei ihm oder bei den Fava-Direktoren Beder und Kirschbaum Interessenkollision vorliegen habe. Immerhin erklärte er, daß man „leider Gottes vorher nicht an die Möglichkeit einer Interessenkollision gedacht“ habe. Er selbst habe übrigens an diesen Geschäften niemals einen Pfennig verdient, sondern er habe sich nur Richard Kahn zuliebe daran beteiligt.

Zum Schluß der Vernehmung fragte der Verteidiger Kirschbaums, Justizrat Klee-Berlin, ob Direktor Sobornheim den Angeklagten Kirschbaum für gewissenhaft oder gewissenlos halte. Der Zeuge Sobornheim bezeichnet Kirschbaum als gewissenhaft, er habe mit ihm gute Erfahrungen gemacht. In der Freitagssitzung wird die Vernehmung des Zeugen Kahn fortgesetzt.

## Die Falschen erwischt

Die beiden Telegraphenbauarbeiter, die in Berlin unter dem Verdacht, die Radiorede des Reichspräsidenten am Silvesterabend unterbrochen zu haben, festgenommen waren, sind gestern nachmittag entlassen worden, da sie ihr Alibi für die in Frage kommende Zeit einwandfrei nachweisen konnten.

## Selbstmord im D-Zug

Bei Ankunft des Berliner D-Zuges in München wurde in einem Abort des Zuges ein Toter entdeckt. Es handelt sich um den 24 Jahre alten Leipziger Kaufmann Erich Marder, der sich durch einen Schuß ins Herz getötet hatte.

## Opfer der Alpen

Am Gletscher Tödel im Gebiet der Mittagspizze (Schweiz) ist ein 23jähriger Student aus Freiburg-Breisgau bei einer Klettertour etwa 400 Meter tief abgestürzt und tödlich verunglückt. Der Leichnam wurde geborgen.

## Dammbruch in den Vereinigten Staaten

Infolge eines Dammbruches am Talahatchie-Fluß wurden 12 000 Hektar Ackerland überschwemmt. Hunderte von Einwohnern sind unter Zuriücklassung ihrer Habe und ihres Viehbestandes geflüchtet. Man fürchtet, daß viele Menschen den wütenden Fluten zum Opfer gefallen sind.

## Räuberjagd per Flugzeug

Der amerikanische Räuberhauptmann Young und drei seiner Komplizen wurden in ihrem Schlafquartier in Springfield (Missouri) von der Polizei überrascht. Es entwickelte sich ein Feuergefecht. 6 Polizisten wurden getötet, 5 verwundet; die Täter flüchteten. Nunmehr sind Flugzeuge, Militär-Polizeiabteilungen mit Maschinengewehren und zahlreiche Freiwillige unterwegs, um die Flüchtigen, die zahlreiche Morde, Erpressungen und Entführungen und Schmuggelaffären auf dem Gewissen haben, zu ergreifen.

## Eine Bombe in einem indischen Schnellzug gefunden

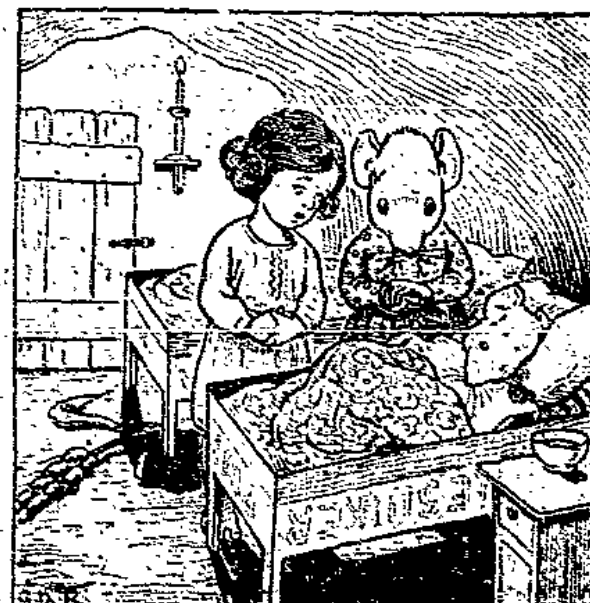
In einem Abteil 1. Klasse des Schnellzugs Darjeeling-Kalkutta wurde bei seiner Ankunft in Kalkutta eine Bombe gefunden.

## Prinzessin Sternmiere

Von G. Th. Koiman.



11. — Elschen stand auf und folgte der Kaufrau mit klopfendem Herzen, denn sie war doch eigentlich ein wenig bange. Die Frau ging vor ihr her in eine Zimmerecke. Da war ein kleines Loch in der Wand, durch das sie in einen langen, dunklen Gang kamen. Am Ende dieses Ganges öffnete die kleine Frau ein Türlein und sie standen in einem Kammerchen mit vielen kleinen Betten.



12. In einem der kleinen Bettchen lag ein kleiner Kaufbub. „Siehst du nun, wie krank mein armes Kind ist?“ seufzte die Mutter. „Ach, ach, hätte ich doch ein Stücklein Käse für ihn, dann würde es schnell gesund werden, sagte der Doktor. Aber die Gelbhadersfrau legt ihren Käse immer unter die Glocke, und darum können wir nicht daran kommen. Ach, könntest Glas du uns nicht helfen?“ — „Ich werde einmal darüber nachdenken“, versprach Elschen. (Fortsetzung folgt.)



# Schafft Arbeit!

## 5666 000 Arbeitslose im Reich

Am Ende des Jahres 1931 bot der Arbeitsmarkt das Bild einer anhaltenden tiefen Depression. Die Zahl der Arbeitslosen betrug am 31. Dezember rund 5 666 000, d. h. um etwa 316 000 mehr als Mitte des Monats. Im Vorjahr wurde am Jahreschluss — nach einer Zunahme im gleichen Zeitraum um rund 407 000 — eine Arbeitslosenzahl von rund 4 984 000 erreicht.

Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger betrug nach dem Bericht der Reichsanstalt am 31. Dezember in der Arbeitslosenversicherung rund 1 642 000, in der Krisenfürsorge rund 1 506 000. Von der Gesamtzunahme um rund 214 000 entfielen rund 154 000 auf die Arbeitslosenversicherung, rund 60 000 auf die Krisenfürsorge.

Neben den Saisonaußenberufen, in denen die Arbeitslosenzahl infolge der ungünstigen Witterung um 7,2 Prozent stieg, haben auch die überwiegend von der Konjunktur abhängigen Berufsgruppen eine, wenn auch schwächere Zunahme, nämlich um 5,1 Prozent zu verzeichnen. Der Druck, der von den internationalen Währungsschwierigkeiten und von den Abperrungsmaßnahmen wichtiger Abnehmerländer ausgeht, hat sich weiter verschärft; er hat die Auswirkungen der auch sonst nach dem Weihnachtsgeschäft üblichen Stille verstärkt.

Angesichts der starken Exportlähmung rückt die Notwendigkeit einer Belebung des Inlandmarktes wieder in den Vordergrund. Es wird höchste Zeit, daß sich die Regierung wieder etwas mehr um die Arbeitsbeschaffung kümmert. Nach dem neuesten Bericht der Reichsanstalt ist zwar nicht anzunehmen, daß die Schreckensziffer von 7 Millionen Arbeitslosen, die im Herbst vorigen Jahres prophezeit worden war, Wirklichkeit wird, allein 6 1/2 Millionen Arbeitslose, die wir wahrscheinlich im Höhepunkt der Winterarbeitslosigkeit Ende Februar müßtern werden, ist wahrhaftig schon schlimm genug. Schafft Arbeit! Man muß es jetzt der Regierung jeden Tag zweimal zurufen.

Der Reichsfinanzminister hat dieser Lage in Stuttgart in seiner vor den württembergischen Demokraten gehaltenen Rede sein Arbeitsbeschaffungsprogramm wieder in Erinnerung gebracht. Er hat sich dabei darüber beklagt, daß er für seine Pläne wenig Verständnis gefunden habe. Mit der Reichshöhe habe er 1/4 Jahr lang kämpfen müssen, bis sie endlich bereit gefunden habe, Aufträge an die Industrie zu erteilen. Auch in der Siedlungsfrage habe er konkrete Vorschläge gemacht, um nach dem Beispiel Württembergs den Arbeiter durch Siedlung fruchtbarer zu machen. Wenn der Zusammenbruch der Weltwirtschaft weiter Fortschritte mache, werde das Siedlungsproblem in ein entscheidendes Stadium rücken. Sein Kernpunkt bestehe darin, daß der Großstadtarbeiter, wenn er keine Arbeit finde, nicht gleich verhungere.

Wir wollen auf das Arbeitsbeschaffungsprogramm des Reichsfinanzministers im Augenblick nicht von neuem eingehen. Dazu wird sich in Kürze Gelegenheit bieten. Für den Augenblick wollen wir nur dem Minister danken, daß er wenigstens das Arbeitslosenproblem, vor allem die Arbeitsbeschaffung, wieder einmal berührt hat. Hoffentlich sorgt der Minister dafür, daß bei den maßgebenden Stellen das Interesse an der Arbeitsbeschaffung nicht völlig einschläft. Man hatte in den letzten Wochen manchmal den Eindruck, als ob man bei der Regierung ganz vergessen hat, daß es auch noch ein Arbeitslosenproblem gibt. — Wenn der Reichsfinanzminister etwas für die Arbeitsbeschaffung tun will — bei den Gewerkschaften kann er dabei auf Unterstützung rechnen. Jede Hilfe ist erwünscht. Auch wenn dabei nur da und dort einige tausend Arbeiter wieder in Beschäftigung kommen. Wir können nicht auf geniale Projekte warten, die uns versprechen, Millionen in Arbeit zu bringen, praktisch aber nur Stoff für endlose Diskussionen abgeben. Was hilft, ist gut. Das muß man auch der Reichsbahn einflößen. Sie könnte sich in der Frage der Arbeitsbeschaffung schon etwas mehr anstrengen. Ihre Aufgabe ist Eingliederung in die Gesamtwirtschaft und nicht nur die Sorge für sich selbst.

Auch den Reichsarbeitsminister muß man nachdrücklich darauf aufmerksam machen, daß er jede Möglichkeit, den Arbeitslosen zu helfen, auszunutzen muß. Die Arbeitszeitverkürzung hat er auf die lange Bank geschoben. Langst hat er die Ermächtigung in der Arbeitszeitverfügungsfrage den gordischen Knoten zu durchhauen. Anders wird er aber in der Frage der Arbeitszeitverkürzung nie weiter kommen; denn das ewige Verhandeln mit den Unternehmern hat, wie die Erfahrung zeigt, keinen Zweck.

## Arbeitsrecht und Sozialversicherung in der Krise

Die „Soziale Praxis“ veröffentlicht in ihrem ersten Heft im neuen Jahre aus Anlaß der Vollendung ihres 40. Jahrganges einen Artikel des Reichsarbeitsministers über Arbeitsrecht und Sozialversicherung in der Krise. Der Minister berührt darin auch die Frage der Sozialversicherungsreform. Er schreibt:

Zu Beginn und Aufbruch der Vermögensgründer und Versicherungsbehörden haben sich nicht alle Erwartungen der RVO erfüllt, auch nicht im Verhältnis zur heutigen Verhältnisse. In die gegenwärtige Zeit der Vermögensgründer und Versicherungsbehörden haben wegen der zeitlichen Verzögerung der Forderungen durch die Vermögensgründer nicht mehr notwendig. Auch der Rechtsmittelweg ist unerschwinglich überlastet. Selbst wenn bei der Vereinfachung der Verfahren nicht gleich wäre, der Leistungserfolg würde sofort sichtbar werden, die Verwaltung wird besser, sorgfältiger und schneller. Die Arbeit-

rungen auf dem Gebiete der Leistungen und der Organisation müssen ein unteilbares Ganzes bilden, sie bleiben dem ordentlichen Weg der Gesetzgebung vorbehalten.

## Um die internationale Regelung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau

Das Übereinkommen zur Begrenzung der Arbeitszeit im Kohlenbergbau, das von der 15. Internationalen Arbeitskonferenz angenommen wurde, ist augenblicklich in Genf Gegenstand zwischenstaatlicher Besprechungen. Die britische Regierung hatte Anfang Dezember den Vorschlag ausgesprochen, das Internationale Arbeitsamt solle zum Zweck der Ratifizierung des Übereinkommens solche Besprechungen herbeiführen. Das Übereinkommen, das die Arbeitszeit im Kohlenbergbau auf 7 Stunden 45 Minuten täglich beschränkt, enthält eine Bestimmung, wonach es sechs Monate nach Ratifizierung von zwei der nachstehenden sieben

## Kommunisten als Unternehmer

# Wenn das die Praxis ist, was bleibt dann von der Theorie?

### 20 Mark Monatsgehalt für eine Stenotypistin Da kann der kapitalistische Unternehmer nicht mehr mit

Die Angestelltenkammer des Arbeitsgerichts Zwickau hatte sich Oktober n. Js. mit einem Prozeß zu beschäftigen, der deutlich das wahre Gesicht der Kommunisten zeigte. Immer und immer wieder versucht man in den kommunistischen Organen, der Arbeiterkraft zu beweisen, daß in dem Augenblick, wo die RPD an die Herrschaft kommt, das Paradies gekommen sei. Wie dieses Paradies in Wirklichkeit aussieht, zeigt der Verlauf des Prozesses, den der Ortsausschuß Zwickau des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes gegen den Internationalen Bund der Opfer des Krieges und der Arbeit im Auftrag einer Stenotypistin durchgeführt hat. Folgender Laubstaud liegt ihr zugrunde:

Der Internationale Bund, ein Ableger der Kommunistischen Partei, unterhält in Zwickau eine Kreisleitung und beschäftigt auch Angestellte, u. a. eine Stenotypistin.

Dieser Stenotypistin zahlte man bei einer durchschnittlichen Arbeitszeit von 8 bis 9 Stunden täglich das fürstliche Gehalt von monatlich 20 Mark.

Am 15. September wurde sie dann zum Dank für ihre geleisteten Dienste fristlos entlassen. Fürwahr, ein herrliches Beispiel für die deutschen Unternehmer.

In den beiden mündlichen Verhandlungen vor dem Arbeitsgericht gab sich

der Vertreter des Internationalen Bundes, Kühn, alle erdenkliche Mühe, die Leistungen der Stenotypistin herabzusetzen,

obwohl sie über ein Jahr beim I.-Bund beschäftigt gewesen ist. Kein Unternehmergonditus hätte die Sache seines Arbeitgebers besser machen können, als es hier von Kühn getan worden ist. In der Hauptverhandlung ließ man drei Zeugen aufmarschieren, um darzutun, daß die Stenotypistin nicht entlassen worden ist, sondern freiwillig aufgehört habe. Mit seltener Einmütigkeit betundeten die Zeugen auch in diesem Sinne. Der Beweis einer fristlosen Entlassung konnte infolgedessen nicht erbracht werden, obwohl eine Arbeitsbescheinigung ausgestellt worden ist, die eine Entlassung wegen Arbeitsmangels bezeugte. Infolgedessen wurde der Antrag auf Zahlung des Gehalts für die Kündigungszeit fallen gelassen.

Das Arbeitsgericht hatte sich inselbstens nur noch mit der Frage zu beschäftigen, welchen Lohn die Stenotypistin zu erhalten habe. Ein Tarifvertrag ist nicht vorhanden, so daß für die Regelung der Lohnbedingungen freie Vereinbarung gilt.

Dem Vertreter des besagten Bundes wurde geltend gemacht, daß es sich um ein Verhältniß handle, das man „nur aus sozialen Gründen eingestuft“ habe, und mit dem eine Vereinbarung auf monatliche Vergütung von 20 Mark getroffen worden sei. Er mußte sich aber dem Vertreter der Klägerin, dem besagten Ortsausschuß vom Bergbauindustriearbeiterverband, beugen lassen, daß das Motiv der Einstellung für die Entlassung belanglos sei. Insbesondere handle es sich auch nicht um ein Verhältniß. Die Frage wurde auf § 133 BGB. gestellt, in dem es heißt: „Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstoßt, ist nichtig.“ Der Vertreter der Klägerin erklärte,

es handle sich hinsichtlich um einen vereinbarten sogenannten Hungerlohn, denn er sei niedriger, als selbst der geringste Hungerlohn.

in der Arbeitslosenversicherung ausmache. Er beantrage deshalb, den Arbeitsvertrag für nichtig zu erklären und an die Stelle der wichtigen vereinbarten Vergütung die übliche Vergütung festzusetzen, die nach § 612 BGB. in Ermangelung einer Tarife als vereinbart anzusehen sei.

Das Arbeitsgericht Zwickau verkündete unter Vorsitz des Arbeitsgerichtsrates Dr. Maxzees folgendes Urteil:

## Die Organisation der Gewerkschaften ist der Beherrschung wert die Mitgliedschaft zu ihm in guten Gewerkschaften

Staaten: Deutschland, Belgien, Frankreich, Großbritannien, Niederlande, Polen und Tschechoslowakei in Kraft tritt. An den Genfer Besprechungen nimmt von deutscher Ministerialdirektor Dr. Söhler vom Reichsarbeitsministerium teil.

## Solche Leute wünscht man

Im „Korrespondent“, dem Gewerkschaftsorgan der Brüder, finden wir folgende Notiz:  
Im „Börslichen Beobachter“, dem Kampfblatt der Nationalsozialistischen „Arbeiter“partei, war kürzlich folgendes Inserat eines dem „Wunderkinder“ Hitler zugekauften Buchdruckers zu finden:

Buchdruck-Maschinenmeister in leitender Stellung, sich zu verändern. Arbeit zur Zeit an sechs Buchdruckmaschinen (darunter drei Schnellpressen mit Anleger) mit nur Hilfsmädchen. Firm an Heidelberg Autom., Schnell (m. Anleger), Kombrun, Savaria, Tegel usw., Korrekturlesen, Kalkulationen und sonstige schriftl. Arbeiten. Tüchtige Kraft. Auch Samstag vormittags. Angebote unter 25 526 an den „

In der Tat, das ist eine tüchtige Kraft. Es gibt fast was der Mann nicht könnte. Ob er im Betriebe etwas Zeit braucht, geht aus dem Angebot nicht hervor. Wenn nicht, denn zum Schlafen wird ihm bei recht vielfältiger Tätigkeit sicher keine Zeit mehr bleiben. Ganz der Art den sich mancher Unternehmer wünscht.

Der Beklagte wird verurteilt, an die Klägerin im Monate Juni bis August 1931 90 Mark Lohn nachzuzahlen.

Damit hat sich das Arbeitsgericht Zwickau dem Stand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes angeschlossen hat den Arbeitsvertrag für nichtig erklärt.

Die übliche Vergütung ist vom Arbeitsgericht Zwickau mit monatlich 50 Mark festgesetzt worden.

Damit ist gerichtsnotarisch, daß diese kommunistische Organisation Hungerlöhne zahlt. So steht der revolutionäre Kampf gegen die Hungerlöhne in Wirklichkeit aus!

Es blieb dem Internationalen Bund vorbehalten, die rinnen zumuten, mit 20 Mark Monatsgehalt sich selbst zu unterhalten.

Was würde man in der kommunistischen Presse sagen wenn sich derartige eine freie Gewerkschaft leisten würde?

Der Ausgang des Prozesses zeigt mit aller Deutlichkeit die wahren Freunde der Arbeiterklasse sind, und daß die schafflichen Interessen der Arbeiterklasse nur durch die Gewerkschaften gewahrt werden können. Deshalb gilt mehr je der Wahrheit:

Hinein in die freien Gewerkschaften!

## Tarifforderung als Entlassungsgrund!

Gründliche Lektion für einen Unternehmer

Vor einem Berliner Arbeitsgericht wurde nachstehend Prozeß verhandelt, der zeigt, wie einzelne Unternehmer mit Angestellten glauben umspringen zu können. Leider täglich ähnliche Fälle ungeführt bleiben, da es die Betroffenen verlassen haben, sich gewerkschaftlichen Schutz zu sichern. vorliegenden Falle hat der Unternehmer jedoch die Rechnung die Gewerkschaft gemacht, die sich natürlich durch Gewalttat einschüchtern läßt.

In einer Schuhfabrik leitete ein Angestellter seit 3 eine Abteilung. Trotz eines abgeschlossenen Tarifvertrages der Mann untertäniglich bezahlt. Eine Zeitlang schweigt er um nicht seine Stellung zu verlieren.

Dann wird aber der Werkmeister krank und der Angest. muß neben seinen eigenen Arbeiten auch die Vertretung des Werkmeisters übernehmen. Nun verlangt der Angestellte, möge ihm in Anbetracht seiner besonderen Leistungen ein das ihm zustehende Tarifgehalt zahlen und auch seine neue Zeit als Werkmeister berücksichtigen. Darob Entsetzen in Direktion. Das Verlangen des Angestellten wird in Schreiben als „unberechtigte Annäherung“ bezeichnet. Der wird wegen Wahrung seiner berechtigten Forderung fristlos lassen!

Der Verband nahm sich nun der Sache an, und vor Arbeitsgericht mußte sich der Unternehmer dazu bequemen Nachzahlung des zu wenig gezahlten Gehalts anzuerkennen. Kündigung wurde jedoch aufrechterhalten.

Und nun erteilte die Kammer dem Unternehmer Lektion, die er sich nicht hinter den Spiegel stecken wird. Firma wurde zur WiederEinstellung des Angestellten und mäßiger Bezahlung oder zur Zahlung einer angemessenen Schädigung verurteilt. In der Urteilsbegründung wies Gericht die Ausrufung der „unberechtigten Annäherung“ entzwei und führte aus, daß jeder von dem ihm zustehenden Gebrauch machen könne. Das muß insbesondere für Arbeiter aus dem Arbeitsverhältnis gelten. Wer sein Recht geltend macht, beschließt dadurch niemand, und wer sich die ihm tariflich zustehenden Rechte verweigert, schließt nur dem übergeordneten Willen der Tarifvertragsparteien Geltung!

Noch ist es nicht so weit, geschlossene Abmachungen als wertlos zu betrachten. Alle Versuche, durch Abmachungen zu durchbrechen, werden an dem Widerstand der Gewerkschaften zunichte werden. Den Angestellten aber kann eindringlich genug gesagt werden:

Schließt euch der zuständigen freien Gewerkschaft an!

Das Mineralwasserenergiegesetz ist durch die vierter Verordnung auf zwei Jahre außer Kraft gesetzt worden. Doch bleibt jedoch nach ausdrücklicher Vorgabe für bereits fällige Steuerzahler in Geltung. Gesuche um den Erlaß solcher Beträge oder um Erstattung bereits gezahlter Steuern haben nach einer Mitteilung des Reichsfinanzministers keine Aussicht auf Erfolg, auch wenn sie sich auf Waren beziehen, die am 1. Januar 1932 noch vorhanden sind.